

GESELLSCHAFTS FORSCHUNG **1** 2022

Aktuelle Themen und Nachrichten

2 Standpunkt

Inflationshysterie?
Warum Sorgen über die
Inflation berechtigt sind
Martin Höpner

Die Flucht nach Europa:
Gefährlich und teuer
Hannah Pool

Organisatorische Grenzen
des Marktdesigns
Georg Rilling

8 Presseschau

Forschung des MPIfG
in den Medien

10 Schwerpunkt

Wie soll Wirtschaft wachsen?
Politische Wachstums-
strategien nach Krisen
Arianna Tassinari

15 Thema

Aldo Madariaga zum MPIfG
Projektverbund in Chile

18 Nachrichten

Karen Shire ist
Scholar in Residence
2021/2022

22 Neuerscheinungen

Journal Articles,
Discussion Papers

25, 36 Veranstaltungen

Konferenzberichte und
Vorschau 2022

30 Freunde und Ehemalige

Was macht eigentlich ...
Sascha Münnich

Nachruf
Raymund Werle

34 Ausschreibungen

35 Impressum



Standpunkt

Inflationshysterie?

Warum Sorgen über die Inflation berechtigt sind

Das Ende der Inflation war ein beliebtes Forschungsthema der vergangenen zehn Jahre. Nicht von Inflations-, sondern von Deflationsdruck waren die entwickelten Volkswirtschaften geplagt und wenig schien darauf hinzudeuten, dass sich das bald ändern würde. Innerhalb weniger Monate nun hat sich diese Debatte komplett gedreht.

Die statistischen Ämter beziffern die deutsche Inflationsrate für 2021 mit 3,1 Prozent, die der Eurozone mit 2,6 Prozent. Die Preisschübe konzentrierten sich auf das dritte und besonders auf das vierte Quartal, mit jahresbezogenen Teuerungsraten von jeweils um die 5 Prozent sowohl in Deutschland als auch in der Eurozone. Vor dem Ausbruch des Ukrainekriegs prognostizierte die Deutsche Bundesbank für das Jahr 2022 noch eine deutsche Inflationsrate von 3,6 Prozent. Die letzten verfügbaren Daten liegen deutlich darüber: Im April 2022 wurde die Teuerung seit dem April des Vorjahrs auf 7,4 Prozent beziffert. Zwei Meinungen stehen sich angesichts dieser Daten und Prognosen gegenüber: Die Inflation ist zurück, sagen die einen. Zurück ist lediglich die typisch deutsche Inflationshysterie, sagen die anderen. Im Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) wird zwischen den sogenannten Falken und Tauben nunmehr darüber gestritten, ob geldpolitischer Handlungsbedarf besteht.

Unstrittig ist, dass in den Daten Sondereffekte stecken. In Deutschland gehört dazu die Rücknahme der zeitweiligen Senkung der Mehrwertsteuer. Weltweit haben gestörte Lieferketten die Vorprodukte verteuert. Vor allem aber stechen die notorisch schwankenden Energiepreise hervor. Waren sie 2020 noch gefallen, zogen sie 2021 erheblich an. Das gilt ganz besonders für Heizöl und Kraftstoffe, aber auch für Erdgas. Der Anteil der Energiepreise am jüngsten Anstieg der Verbraucherpreise wird auf mindestens die Hälfte geschätzt. Der Ukrainekrieg wird die Energiepreise zweifellos weiter steigen lassen.

Muss die Notenbank reagieren und die Zinsen anheben? So sehen es die Falken. Sie meinen, dass die EZB ihre Geldpolitik normalisieren sollte. Deren Gegner wenden ein, dass die Ursachen der jüngsten Preisschübe sehr speziell sind und sich der Steuerbarkeit durch die Notenbank entziehen. Die Notenbank könne und solle einschreiten, wenn sich Preise und Löhne über einen längeren Zeitraum gegenseitig hochschaukeln. Dergleichen sei aber nicht zu beobachten. Störungen der Lieferketten könne die EZB hingegen nicht adressieren, ebenso wenig wie Containerengpässe oder gar die durch Krieg und Sanktionen hervorgerufenen Schübe bei den Erdgaspreisen. Hier haben die Tauben

einen guten Punkt. Nein, die Ursachen der aktuellen Preisschübe kann die Notenbank nicht beseitigen. Eine andere Frage ist aber, ob die Gründe für die ultraexpansive Geldpolitik, die ja ursprünglich der Anhebung der Inflation auf das Inflationsziel von 2 Prozent diene, wirklich fortbestehen. „Weniger Gas geben“ ist etwas anderes als „auf die Bremse treten“.



Martin Höpner

leitet seit 2008 die Forschungsgruppe „Politische Ökonomie der europäischen Integration“ am MPIfG. Seit 2012 ist Höpner zudem außerplanmäßiger Professor an der Universität zu Köln.

Forschungsinteressen: Vergleichende Politische Ökonomie, europäische Integration, Arbeitsbeziehungen



Der Anteil der Energiepreise am jüngsten Anstieg der Verbraucherpreise wird auf mindestens die Hälfte geschätzt.

Indes ist der vorübergehende Charakter der steigenden Energiepreise mit einem Fragezeichen zu versehen, ganz unabhängig von Pandemie und Ukrainekrieg. Denn im Rahmen der Energiewende *sol- len* die Preise für fossile Brennstoffe ja

gerade weiter steigen, um Anreize für Innovationen bei den erneuerbaren Energien und bei energiesparenden Produktionsmethoden zu setzen. Weil Innovationen und Anpassungsprozesse Zeit brauchen, muss mittelfristig mit steigenden Aufwendungen für Energie gerechnet werden. Diese aber markieren nicht lediglich eine Veränderung *relativer* Preise, sondern übersetzen sich in Preisschübe durch die Bank. Energie steckt in jedem Produkt und jeder Dienstleistung.

Gewiss, auch hiergegen kann – und soll – die Notenbankpolitik nichts ausrichten. Die vermutete Mittelfristigkeit der sogenannten *Greenflation* verstärkt die Gefahr von Zweitrundeneffekten aber ganz erheblich. Gewerkschaften mögen einmalige Preisschübe hinnehmen, ohne höhere Löhne zu fordern. Ein mittelfristig steigendes Preisniveau können Gewerkschaften aber nicht ignorieren. Über kurz oder lang werden sie ihre Forderungen an die steigenden Preise anpassen müssen. Kurz, es hängt maß-

geblich von der Lohnpolitik ab, ob sich die jüngsten oder zukünftige Preissteigerungen in Lohn-Preis-Spiralen übersetzen und sich damit verstetigen.

Aus Sicht der am MPIfG betriebenen Forschung zur Vergleichenden Politischen Ökonomie ergibt sich hieraus ein Problem, das im schlimmsten Fall in eine neue Eurokrise münden könnte. In der Eurozone gibt es in Wahrheit nämlich nicht „die“ Lohnpolitik, sondern 19 unterschiedliche Lohnpolitiken der Euro-Teilnehmerländer – mit unterschiedlichen Institutionen der Lohnfindung, Kräfteverhältnissen, Problemwahrnehmungen und Reaktionsmustern auf ökonomische Schocks. Auf einheitliche Reaktionen der Lohnpolitik kann die EZB stimmig reagieren, aber nicht auf 19 unterschiedliche.

Im Jahr 2021 hat die deutsche Lohnpolitik mit äußerst vorsichtigen, stabilitätsorientierten Abschlüssen reagiert. Offen ist, ob sich das in anderen Ländern, namentlich in Südeuropa, so replizieren lässt, sowohl zeitnah als auch mittelfristig. Kommt es zu keinem Gleichklang der Reaktionen, könnten sich im Euroraum *unterschiedliche* Inflationsraten verstetigen, so wie wir es bereits in den ersten zehn Eurojahren beobachten konnten. Genau so entstand die Eurokrise.

Zum Weiterlesen

Höpner, M., und Lutter, M.: **The Diversity of Wage Regimes: Why the Eurozone Is Too Heterogeneous for the Euro.** In: *European Political Science Review* 10(1), 2018, 71–96.

Schnabel, I.: **Looking Through Higher Energy Prices? Monetary Policy and the Green Transition.** Rede von EZB-Direktorin Schnabel auf einem Panel der *American Finance Association*, 8. Januar 2022.
<https://tinyurl.com/Rede-Schnabel-EZB>

Aktuelle Preisschübe stellen die makroökonomische Politik im Euroraum vor eine ernste Belastungsprobe.

Die aktuellen und möglicherweise auch mittelfristig zu erwartenden Preisschübe stellen die makroökonomische Politik im Euroraum vor eine ernste Belastungsprobe. Die beschwichtigende Rede von der fehlgeleiteten „Inflationshysterie“ ist daher mit großer Vorsicht zu genießen.

Standpunkt

Die Flucht nach Europa

Gefährlich und teuer



Infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine kommen gegenwärtig immer mehr Flüchtende in Deutschland an. Um sie zu unterstützen, wird versucht, die Fluchtrouten in alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sicherer und auch weniger kostspielig zu gestalten: Die EU-Grenzen sind für ukrainische Flüchtende offen, nach einem Beschluss vom 4. März 2022 wird ihnen ein bis zu drei Jahre währender Schutzstatus zugesichert, und in vielen Ländern dürfen Züge zum Transport kostenlos genutzt werden. Trotz dieser Versuche, die Gefahren einer Flucht zu mindern, bleibt sie gefährlich und auch teuer.

Weltweit sind nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen 88 Millionen Menschen auf der Flucht. Asyl kann in der Europäischen Union jedoch nur beantragt werden, wenn sich die Menschen bereits auf dem Territorium der EU befinden. Folglich müssen Asylsuchende zunächst physisch die EU erreichen. Dafür sind sie fast immer auf

Wie bringen Menschen in Notsituationen die finanziellen Mittel für ihre Flucht auf?

Geld angewiesen. Wie schaffen es Menschen in Notsituationen, die finanziellen Mittel für den Weg in sichere Länder zusammenzubekommen?

Die Rolle von Geld und sozialen Beziehungen, die ökonomischen Austausch beeinflussen, stehen im Mittelpunkt meiner Forschung zur Frage, wie wirtschaftliche Interaktionen und soziale Beziehungen es Menschen ermöglichen, Geld zu erwerben, zu verleihen, zu tauschen und auszugeben, um zu fliehen. Seit 2015 beschäftige ich mich mit den Fluchtrouten aus Afghanistan nach Westeuropa. Ethnografisch durfte ich Menschen aus Afghanistan auf ihrer Route aus dem Iran, durch die Türkei, Griechenland und entlang der sogenannten Balkan-Route zwischen 2018

und 2020 begleiten und sie dabei wiederholt interviewen.

Meine Forschung am Beispiel Afghanistans zeigt, dass der Austausch von Geld auf der Flucht keinen rechtlich normierten Regeln folgt, da formelle Kontrollinstanzen und ein übergreifendes Ordnungssystem fehlen. Stattdessen entscheiden insbesondere soziale Beziehungen und wirtschaftliche Transaktionen über das Aufbringen der finanziellen Mittel für die Flucht in die Europäische Union. Dazu werden soziale Beziehungen zum gesamten Umfeld aus Familienmitgliedern, Freundinnen und Freunden sowie Mitflüchtenden aktiviert. Vor allem dem Verleih und dem Austausch von Geld zwischen Menschen, die gemeinsam unterwegs sind, kommt auf der



Viele Menschen, die aus Afghanistan flüchten, versuchen zunächst in das Nachbarland Iran zu gelangen, etwa über den bedeutenden Grenzübergang Islam Kala im Westen des Landes. Nach dem Fall Kabuls wurde der Übergang im Juli 2021 von den Taliban erobert.



Hannah Pool

ist seit 2021 Postdoktorandin am MPIfG im Projektbereich Wirtschaftssoziologie. Zuvor promovierte sie von 2017 bis 2021 an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) zu den Migrationswegen von Menschen, die aus Afghanistan über Iran, die Türkei, Griechenland und die Balkanroute nach Westeuropa kommen.

Forschungsinteressen: Migration, Fluchtrouten, Grenzstudien, Moralökonomie

Flucht eine wichtige Rolle zu. So legen beispielsweise Familien ihr Geld zusammen, um es als Darlehen zu verleihen. Darüber hinaus müssen Flüchtende unterwegs immer wieder Geld verdienen, beispielsweise arbeiten viele afghanische Flüchtende auf ihrem Fluchtweg als Tagelöhner oder in der Land- und Bauwirtschaft, um Schleuser zu bezahlen.

Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im Sommer 2021 gingen die Bilder von Tausenden Menschen, die auf dem Kabuler Flughafen auf ihre Evakuierung warteten, um die Welt. Diese Evakuierung auf dem Luft-

weg war jedoch eine Ausnahme in der afghanischen Geschichte. Seit dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979 sind mehr als sechs Millionen Menschen auf Landwegen aus Afghanistan in den Iran oder nach Pakistan geflohen. Seit 2014 ist die Zahl afghanischer Asylsuchender in Deutschland laut Mikrozensus auf fast 193.000 Menschen angestiegen. Zwanzig Jahre war die Bundeswehr im Auslandseinsatz in Afghanistan, woraus sich auch für Deutschland eine Verantwortung ergibt.

Deutschland ist seit 2015 zu einem der Hauptländer geworden, in denen Men-

schen Asyl beantragen und Sicherheit suchen. Ihre Fluchtrouten können sich dabei sowohl geografisch als auch in Bezug auf die Dauer sehr unterscheiden; daraus folgt, dass die Flüchtenden auch ganz unterschiedliche Bedarfe haben können. Ein tieferes Verständnis der Fluchtrouten und -dynamiken sowie der Fluchterfahrungen ist notwendig, um humanitäre Hilfe entlang der Routen sowie adäquate finanzielle und psychologische Unterstützungen nach der Ankunft zu leisten.

Zum Weiterlesen

Pool, H.:

„Doing the Game“: The Moral Economy of Coming to Europe.

Dissertation, Universität zu Köln, Köln 2021.

Vor allem soziale Beziehungen und wirtschaftliche Transaktionen entscheiden über das Aufbringen der finanziellen Mittel für die Flucht in die EU.

Standpunkt

Organisatorische Grenzen des Marktdesigns

Wie entscheidet man, wer knappe Kitaplätze oder Krankenhausbetten bekommen soll? Früher wurden Wartelisten und andere bürokratische Verfahren eingesetzt. Marktdesignerinnen und Marktdesigner aus den Bereichen Ökonomie, Informatik und Ingenieurwesen bieten heutzutage neue, flexiblere Lösungen an, die die Bedürfnisse der Betroffenen berücksichtigen. Sie konstruieren digitale Märkte, meistens Auktionen, in denen

„Käufer“ und „Verkäufer“ nach Kriterien zusammengebracht werden, die die Gesamtverteilung optimieren. Zum Beispiel haben Marktdesign-Fachleute aus Münster, Oxford und Pforzheim kürzlich eine Plattform eingerichtet, die die Kitaplätze in Greven zuteilt. Ein Interface erfragt, wo die Eltern ihre Kinder gern unterbringen möchten, womit sie eine direkte Möglichkeit haben, die Verteilung zu beeinflussen. Die Regeln sind so gestaltet, dass es für die Eltern von Vorteil ist, ihre wahren Präferenzen anzugeben. Der Algorithmus, der die Gebote auswertet, errechnet die Verteilung von Kindern auf Kitas nach einer komplexen Optimierungsfunktion. Die Grevenener Plattform sucht zum Beispiel eine Verteilung, die die meisten Eltern zufriedenstellt und gleichzeitig für sozial ausgewogene Kindergruppen sorgt.

Marktdesign auch für wesentlich kompliziertere Probleme einzusetzen. So werden heutzutage Märkte für Emissionszertifikate, Regierungsanleihen, Versicherungen, Elektrizität und in manchen Ländern sogar Wasser konstruiert. Die Verteilung der Güter hängt hier von komplexen Infrastrukturen ab, die gepflegt und ausgebaut werden müssen. In solchen Märkten müssen Teilnehmende daher mehr tun, als nur ihre Präferenzen anzugeben. Entscheidungen über den Preis und die Konditionen, zu denen diese Güter verkauft werden können, hängen von komplexen Fragen über die laufenden Kosten dieser Infrastrukturen ab. Wenn die Designermärkte hier optimale Entscheidungen hervorbringen sollen, müssen Designer die Entscheidungsprozesse im Markt viel gründlicher steuern als bei einfachen Problemen. Denn wenn es ihnen nicht gelingt, Akteure zu modellkonformen Verhalten zu bewegen, wird das Koordinationsziel verfehlt.

Wie Manipulationen, etwa in Australiens Wassermärkten, oder zuletzt die Stromausfälle in Texas und Kalifornien zeigen, scheint Marktdesign für solche komplexe

In den letzten Jahren hat sich solches Marktdesign in den verschiedensten Kontexten bewährt: bei der Zuteilung von Organspenden, Schulplätzen, Liebespartnern, Mobilfunkfrequenzen und vielem mehr. Diese Erfolge veranlassen Politikerinnen und Politiker dazu,

Designer versuchen die Handlungen von Akteuren zu koordinieren, die zunächst einmal keinen Grund haben, mit ihnen zu kooperieren.



Georg Rilinger

ist seit 2020 Postdoktorand im Projektbereich Wirtschaftssoziologie am MPIfG. Zuvor promovierte er an der University of Chicago zum Thema Marktdesign am Beispiel der kalifornischen Energiemärkte.

Forschungsinteressen: Wirtschafts- und Wissenssoziologie, Regulation, Wirtschaftskriminalität, soziologische Theorie, Netzwerkanalyse

xen Probleme nicht sehr gut zu funktionieren. Warum ist das so?

Ein grundsätzliches Problem ist, dass Designer versuchen die Handlungen von Akteuren zu koordinieren, die zunächst einmal keinen Grund haben, mit ihnen zu kooperieren. Sie streben vielmehr danach, ihre eigenen Profite zu maximieren. Wenn ein Spekulant mehr Geld damit verdienen kann, Trinkwasser wegzuschütten, als es in die Landwirtschaft zu verkaufen, hat er keinen Anreiz, dies nicht zu tun – egal, was besser für die Allgemeinheit wäre. Marktdesign-Fachleute haben daher nur zwei Wege, ihre Ziele zu erreichen: Sie müssen die Regeln und Prozeduren der Märkte entweder so anlegen, dass die Anreize mit den Systemzielen übereinstimmen. Es wäre dann für Marktakteure immer am profitabelsten, so zu handeln, wie es für alle am besten ist. Oder Designerinnen und Designer müssen den Markt engmaschig kontrollieren und ungewünschtes Verhalten unterbinden. Beide Ansätze kommen in komplexen Märkten schnell an ihre Grenzen.

Bei schwierigen Verteilungsproblemen müssen Marktdesign-Fachleute oft arbeitsteilig vorgehen. Verschiedene Teams setzen und modifizieren Regeln für unterschiedliche Teile der Marktarchitektur. Manche Teams arbeiten an Software, andere an rechtlichen oder prozeduralen Vorgaben. Wie genau sich jede Regel und Prozedur, für die ein Team sich entscheidet, auf alle anderen Regeln im System auswirkt, kann dabei aber keine lokale Gruppe vollständig überblicken. Es entstehen daher schnell Inkonsistenzen, die die gewünschte Anreizstruktur unterlaufen. Engmaschige Kontrolle scheitert aus dem gleichen Grund. Sobald eine Regulationsbehörde arbeitsteilig vorgehen muss, können Marktakteure die entstehenden Wahrnehmungslücken ausnutzen, um von bestehenden Inkonsistenzen zu profitieren.

Das Problem besteht also darin, dass erfolgreiches Marktdesign bei komplexen Verteilungsfragen extrem hohe Konsistenzanforderungen an die Marktregeln stellt. Wenn Marktdesign-Teams arbeitsteilig vorgehen müssen, lassen sich diese

Erfolgreiches Marktdesign stellt bei komplexen Verteilungsfragen extrem hohe Konsistenzanforderungen an die Marktregeln.

Damit Marktakteure immer einen Anreiz haben, so zu handeln, wie es das Marktdesign vorsieht, müssen die Regeln und Prozeduren des Markts intern konsistent sein. Je komplexer das Verteilungsproblem, desto mehr unterschiedliche Märkte sind auch notwendig, um es zu lösen. Handelssysteme für Elektrizität bestehen zum Beispiel aus Dutzenden unterschiedlicher Märkte – angefangen mit Märkten für reine Energie, über Märkte für Kapazität, zu solchen für Reliabilitätsdiensten und Ressourcen wie Naturgas. Da die Märkte miteinander verwoben sind, müssen auch die Regeln global konsistent sein.

Anforderungen kaum erfüllen und es wird unmöglich, alle Konsequenzen der entstehenden Inkonsistenzen zu überblicken. Das erklärt, warum Elektrizitäts-, Emissions- und Wassermärkte auch nach zwanzig Jahren Entwicklung immer noch mit Manipulationen zu kämpfen haben. Auch wenn es für klar definierte und abgrenzbare Verteilungsprobleme also zweifellos gute Lösungen liefert, eignet sich Marktdesign aus diesem Grund weniger gut dafür, die Verteilung von Kollektivgütern zu organisieren, bei denen komplexe Infrastrukturen mit multiplen Märkten koordiniert werden müssen.

Zum Weiterlesen

Cramton, P.:

Fostering Resiliency with Good Market Design: Lessons from Texas. ECONtribute Discussion Paper No. 145. University of Bonn and University of Cologne, Germany, 2022.

Kominers, S. D., Teytelboym, A., und Crawford, V. P.:

An Invitation to Market Design. In: Oxford Review of Economic Policy 33(4), 2017, 541–571.

Reischmann, T., Klein, T., und Giegerich, S.:

A Deferred Acceptance Mechanism for Decentralized, Fast, and Fair Childcare Assignment. In: The Journal of Mechanism and Institution Design 6(1), 2021, 59–100.

Rilinger, G.:

The Organizational Roots of Market Design Failure: Structural Abstraction, the Limits of Hierarchy, and the California Energy Crisis of 2000/01. MPIfG Discussion Paper 21/6. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 2021.

Rilinger, G.:

The Texas Blackouts and the Problems of Electricity Market Design. In: Promarket Blog, online veröffentlicht 24. März 2021.

Roth, A. E.:

Marketplaces, Markets, and Market Design. In: American Economic Review 108(7), 2018, 1609–1658.

Vulkan, N., Roth, A. E., und Neeman, Z. (Hg.):

The Handbook of Market Design. Oxford University Press, Oxford 2013.

Forschung des MPIfG in den Medien

Jens Beckert

Milliarden – steuerfrei!

Stuttgarter Zeitung | 5./6. März 2022

„Das Vermögen wird in einer deutschen kulturellen Tradition weniger als das Vermögen des einzelnen Eigentümers betrachtet, sondern als das Eigentum der Sippe, so dass die Übertragung an die nächste Generation als selbstverständlich gesehen wird“, so MPIfG-Direktor Jens Beckert.

<https://tinyurl.com/JB-StuttgarterZeitung>

Jens Beckert

An der Kreuzung. Ein Gespräch mit dem Soziologen Prof. Dr. Jens Beckert

Frankfurter Allgemeine Buch | 8. Dezember 2021

Im Interview spricht MPIfG-Direktor Jens Beckert über das, was Gesellschaften verbindet, und über die Frage, wie wir in 10, 20 oder 30 Jahren zusammenleben wollen.

Sebastian Kohl

Affordable housing under threat as large investors buy up European homes

EURACTIV.com | 3. Februar 2022

Due to a favorable EU regulatory framework, institutional landlords, such as private equity firms and pension funds, are increasingly buying houses in European cities, a recent study co-authored by Sebastian Kohl shows.

<https://tinyurl.com/SKohl-euractiv>

Martin Höpner

Kapital kennt kein Pardon

Junge Welt | 10. Februar 2022

Ein Beitrag über das neue Rekordhoch deutscher Exporte inmitten der Coronakrise, in dem MPIfG-Forschungsgruppenleiter Martin Höpner mit seiner Einschätzung zu Wort kommt.

<https://tinyurl.com/MH-jungewelt>

Lisa Suckert

Zukunft ist eine Frage der Fantasie

Welt am Sonntag | 9. Januar 2022

In Corona-Zeiten können sich viele Menschen ein Morgen nur schwer konkret vorstellen. Warum das so ist, erforscht Lisa Suckert. Im Interview spricht die MPIfG-Wissenschaftlerin über Kapitalismus, Homeschooling und die Frage, warum der Fortschrittsgedanke verschwindet.

<https://tinyurl.com/Suckert-WeltamSonntag>

Lisa Suckert

„Viele Geschäftsberichte sind voller Illusionen“

brand eins | 23. Dezember 2021

Niemand weiß, was die Zukunft bringt. Warum wir trotzdem große Pläne schmieden und wie diese unsere Gegenwart verändern, erklärt MPIfG-Wissenschaftlerin Lisa Suckert im Interview mit brand eins.

<https://tinyurl.com/LSuckert-brandeins>

Lisa Suckert

Thinking Allowed: Covid

BBC Radio 4 | 27. Oktober 2021

Laurie Taylor explores the financial impact of the coronavirus and asks if it represents an opportunity as well as a crisis. Amongst others, he is joined by Lisa Suckert, Senior Researcher at the MPIfG. <https://tinyurl.com/Suckert-ThAllowed-BBC>

Björn Bremer, Donato Di Carlo
und Leon Wansleben

**Wo sich der Investitionsstau seit
der Wiedervereinigung am meisten
verschärft hat**

WirtschaftsWoche | 18. September 2021
Die öffentlichen Investitionen in Deutschland sinken seit Jahren. Eine Studie von MPIfG-Wissenschaftlern zeigt, wie der Steuer-Föderalismus die Kommunen einschränkt und wie unterschiedlich lokale Parteien mit dem Investitionsstau umgehen. <https://tinyurl.com/Bremer-et-al-WiWo>

Björn Bremer

Die Schuldenfrage im Wahlkampf

Deutschlandfunk | 4. September 2021

Wegen der Pandemie musste der Finanzminister tief in die Schatulle greifen: Es wurden Firmen gerettet, Händler unterstützt, Impfstoffe angeschafft. Nun ist der Schuldenberg weiter gewachsen. Ein Beitrag von Caspar Dohmen zur Schuldenfrage im deutschen Wahlkampf, in dem unter anderem MPIfG-Wissenschaftler Björn Bremer zu Wort kommt. <https://tinyurl.com/Bremer-DLF>

Wolfgang Streeck

**Den Weltsozialstaat gibt es
noch nicht**

Frankfurter Allgemeine Zeitung |
6. November 2021

Ist der Nationalstaat wirklich ein Auslaufmodell, wie immer wieder behauptet wird? Thomas Thiel berichtet über ein Symposium am MPIfG anlässlich des 75. Geburtstags von Direktor emeritus Wolfgang Streeck. <https://tinyurl.com/WStreeck-Symposium-FAZ>

Wolfgang Streeck

Die Zukunft des Nationalstaats

Deutschlandfunk | 7. November 2021

„Ich habe ein trotz allem ungebrochenes Vertrauen in die Kraft der Demokratie.“ Wolfgang Streeck, Direktor emeritus am MPIfG, spricht im Deutschlandfunk-Beitrag über sein Buch „Zwischen Globalismus und Demokratie“. <https://tinyurl.com/WStreeck-DLF>

Wolfgang Streeck

Das organisierte Idyll

Zeit Online | 20. Oktober 2021

Armin Nassehi bespricht das neue Buch „Zwischen Globalismus und Demokratie“ von Wolfgang Streeck, Direktor emeritus am MPIfG, und setzt sich mit dessen Thesen zum Nationalstaat und globalisierten Kapitalismus auseinander. <https://tinyurl.com/WStreeck-ZeitOnline>

Diese und weitere aktuelle Beiträge unter

www.mpifg.de/mpifg-in-medien



Schwerpunkt Wie soll Wirtschaft wachsen? Politische Wachstumsstrategien nach Krisen

Wirtschaftswachstum ist eine Grundvoraussetzung für die Stabilität und Legitimität kapitalistischer Ökonomien. Da zwischen den einflussreichsten Eliten ein impliziter Konsens über die aus ihrer Sicht wünschenswerten wirtschaftspolitischen Maßnahmen herrscht, gibt es zu Entscheidungen über Wachstumsstrategien in der Regel keinen politischen Wettstreit. Die Politik der Wachstumsmodelle vollzieht sich in normalen Zeiten in der Regel unbemerkt. Jedoch können dramatische Ereignisse und Wirtschaftskrisen diesen Konsens ins Wanken bringen und offene politische und parteipolitische Auseinandersetzungen mit unter Umständen deutlichen Kurswechseln auslösen.

Wirtschaftswachstum steht in allen kapitalistischen Ökonomien im Zentrum des öffentlichen Interesses. Eine schlechte Konjunktur bereitet Bürgerinnen und Bürgern Sorgen und schadet dem Vertrauen in die Regierung. Gewählte Politikerinnen und Politiker müssen fürchten, bei den nächsten Wahlen abgestraft zu werden. Gleichzeitig werden politische Entscheidungen häufig mit dem Argument begründet, dass sie sich langfristig positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Kurz gesagt: Wachstum hat in kapitalistischen Ökonomien einen zentralen Stellenwert als politische Zielsetzung, als diskursives Mittel zur Legitimierung politischer Weichenstellungen und auch als „Kitt“, der die Gesellschaft zusammenhält, indem er den Kapitalismus in Gang hält und damit Wohlstand sichert.

Obwohl das allgemeine Interesse an einem Wachstum der Wirtschaft hoch ist, ist oftmals unklar, *wie* ein solches Wachstum entstehen soll. Wer entscheidet über die konkreten politischen Strategien, die ein Land zur Konjunkturbelebung verfolgt? Inwieweit machen sich Bürger- und Wählerschaft jemals näher Gedanken über die Wachstumsmodelle, die den Kurs ihres Landes bestimmen? Haben sie klare Vorstellungen von den Politikbereichen, die das Wachstumsstreben ihrer Volkswirtschaften lenken sollen? Oder

werden diese Entscheidungen außerhalb unserer demokratischen politischen Strukturen gefällt? Derartige Fragestellungen zur Politik der Wachstumsmodelle stehen seit 2018 im Fokus des von MPIfG-Direktor Lucio Baccaro geleiteten Projektbereichs „Politische Ökonomie“.

Wachstumsmodelle als strukturelle Merkmale von Volkswirtschaften

Der Wachstumsmodellansatz in der Politischen Ökonomie geht von der empirischen Beobachtung aus, dass sich ka-

Kapitalistische Volkswirtschaften unterscheiden sich in ihren Strategien zur Förderung des Wirtschaftswachstums.

pitalistische Volkswirtschaften in ihren Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums voneinander unterscheiden – insbesondere hinsichtlich des Ursprungs der Wachstumsimpulse, der Treiber für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Die Hauptvarianten sind das *lohnorientierte Wachstum*, bei dem ein Lohnzuwachs bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität zu einem Anstieg der Konsumausgaben der Haushalte und der Investitionen führt. Bis in die 1970er-Jahre hat dieses Modell die Mehrzahl der westeuropäischen Ökonomien geprägt, ist seitdem jedoch rückläufig. Das *exportorientierte Wachstum* beruht auf der Auslandsnachfrage und dem Exportsektor als wichtigsten Wirtschaftsmotoren. Ein typisches Beispiel für ein solches Modell ist die deutsche Volkswirtschaft. Bis zur Finanzkrise 2008/2009 war das *kreditorientierte Wachstum*, bei dem nicht die Löhne, sondern das Angebot an Konsumentenkrediten für private Haushalte die Binnennachfrage beeinflusst, das in Großbritannien und Spanien vorherrschende Modell. Darüber hinaus ist es auch möglich, dass ein Land über *keinerlei prägende Wachstumsmotoren* verfügt und in eine langanhaltende Stagnation gerät. Italien ist ein Beispiel für ein solches Szenario.

Wachstumsmodelle sind gewissermaßen strukturelle Merkmale einer Volkswirtschaft, die zumindest kurzfristig nicht durch politische Entscheidungen beeinflusst werden. Sie ändern sich nur langsam und werden von vielen Faktoren beeinflusst. Dennoch sind sie alles andere als naturgegeben. Wachstumsmodelle lassen sich zum einen auf wirtschaftliche Strukturen zurückführen, zum anderen werden sie durch politische Entscheidungen gefestigt, die die nötigen Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wachstum schaffen und Unternehmen und Beschäftigte in ausgewählten Wirtschaftssektoren unterstützen und begünstigen. In wissenschaftlichen Studien zu Wachstumsmodellen werden derartige Maßnahmen als Wachstumsstrategien

bezeichnet. Durch den Einsatz verschiedener Wachstumsstrategien können sich die Eigenschaften eines Wachstumsmodells mit der Zeit ändern. Diese Strategien umfassen unter anderem Maßnahmen in den Bereichen Geld- und Steuerpolitik, Struktur- und Verteilungspolitik, Sozialpolitik sowie Lohn- und Arbeitsmarktpolitik. Beispielsweise beruhte der Erfolg des deutschen Wachstumsmodells über lange Jahre auf politischen Weichenstellungen und Institutionen, die eine Lohnzurückhaltung favorisierten. Dies sowie das durch die Mitgliedschaft in der Eurozone garantierte System fester Wechselkurse wiederum waren vorteilhaft für die Wettbewerbsfähigkeit von Exporten.

Wachstumsmodelle werden von stabilen klassenübergreifenden Koalitionen gestützt

Allgemein werden politische Entscheidungen als das Ergebnis der Auseinandersetzungen und Konfrontationen über die Schlüsselthemen, über die die Parteien miteinander konkurrieren, betrachtet. Entsprechend wäre anzunehmen, dass in politischen Grabenkämpfen und im Wahlkampf auch über Wachstumsstrategien gestritten wird. Letztlich hat die Frage, *wie* – und nicht nur *wie stark* – sich das Wachstum in einem Land entwickelt, einen wesentlichen Einfluss auf die Verteilung von Kapital und Wohlstand. Und doch weisen wissenschaftliche Studien darauf hin, dass dies nicht immer der Fall sein muss. Die Frage, wie Wachstum entsteht, wird in der Regel nicht in öffentlichen Debatten oder politischen Auseinandersetzungen erörtert.

In Ländern mit funktionsfähigen und etablierten Wachstumsmodellen werden politische Entscheidungen im Zusammenhang mit diesen Modellen nur in wenigen Fällen bewusst von den Parteien als Wahlkampfthema eingesetzt. Vielmehr nähern die Parteien ihre Positionen zu den wesentlichen politischen Zielsetzungen, auf denen die Tragfähigkeit eines Wachstumsmodells beruht, mit der Zeit einander an. Ihre Auseinandersetzungen beziehen sich zumeist auf andere Themenbereiche, die weniger Einfluss auf die

Funktionsweise des Wachstumsmodells haben. Beispielsweise wurde in Deutschland zu keinem Zeitpunkt eine offene politische Auseinandersetzung über die Mitgliedschaft in der Eurozone geführt, und auch keine Partei in Deutschland würde einen politischen Kurs unterstützen, der explizit der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporte von Industrieerzeugnissen schadet. Worauf ist dies zurückzuführen?

Die Politökonominnen Mark Blyth, Jonas Pontusson und Lucio Baccaro stellen in ihrem neuen Sammelband „Diminishing Returns: The New Politics of Growth and Stagnation“ (OUP, im Erscheinen) unter anderem die Hypothese auf, dass die Funktionsfähigkeit von Wachstumsmodellen auf dem Vorhandensein einer klassenübergreifenden Koalition beruht – ein Zusammenschluss gesellschaftlicher Akteure, der die Kluft zwischen Arbeit und Kapital überwindet und all diejenigen Gruppen der Gesellschaft einbezieht, die *de facto* zu den „Gewinnern“ eines Wachstumsmodells gehören. Die-



Arianna Tassinari

ist Politökonomin und seit 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPIfG. In ihrer Forschungsarbeit beschäftigt sie sich mit der Politik von Wachstumsstrategien nach Krisen in den Ländern der EU-Peripherie. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Vergleichende Politische Ökonomie, Industriepolitik, Arbeitsmarktpolitik sowie Auswirkung des technologischen Wandels auf Arbeitsbeziehungen.



Außerhalb von Krisenzeiten bemühen sich etablierte Parteien um den Fortbestand des bestehenden Wachstumsmodells. Dass nicht alle gesellschaftlichen Gruppen vom vorherrschenden Wachstumsmodell gleichermaßen profitieren, soll durch ausgleichende Maßnahmen abgefangen werden. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland kann als Zugeständnis an die langjährige Lohnzurückhaltung im Dienstleistungssektor betrachtet werden.

se Akteure gehören zu den Hauptunterstützern von politischen Weichenstellungen, die den Fortbestand eines bestimmten Wachstumsmodells garantieren. Einer solchen Koalition können mehr oder weniger organisierte Interessengruppen aus Schlüsselsektoren der Wirtschaft angehören: wirtschaftliche Eliten, Unternehmen und Arbeitgeberverbände, aber auch Beschäftigte, die von den Erfolgen in wirtschaftlich bedeutsamen Sektoren profitieren, sowie Regierungsmitglieder, die einen reibungslosen Betrieb der Volkswirtschaft gewährleisten wollen.

Es wird daher vermutet, dass sich die etablierten politischen Parteien außerhalb von Krisenzeiten um den Fortbestand des bestehenden Wachstumsmodells bemühen, indem sie die zentralen makroökonomischen Weichenstellungen bewusst nicht zum Wahlkampfthema ma-

chen oder für politische Auseinandersetzungen nutzen. Gleichzeitig wollen sie möglichst viele Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen – etwa durch eine Kompensationspolitik, die Erleichterungen für jene Gruppen in der Gesellschaft vorsieht, die nicht direkt von den Auswirkungen des Wachstumsmodells profitieren. Die Einführung des Mindestlohns in Deutschland im Jahr 2015 könnte als ein solcher Versuch gewertet werden. Die politische Tragfähigkeit des exportorientierten Modells in Deutschland würde demnach durch materielle Zugeständ-

Außerhalb von Krisenzeiten sind Wachstumsmodelle kein Wahlkampfthema.

nisse gegenüber Arbeitskräften in den Dienstleistungssektoren, die seit Mitte der 1990er-Jahre unter einer fortgesetzten Lohnzurückhaltung gelitten haben und keinen unmittelbaren Nutzen aus den Erfolgen des Exportsektors ziehen konnten, gefestigt werden.

Krisen bringen etablierte Koalitionen aus dem Gleichgewicht

Doch nicht immer können Wachstumsstrategien aus dem politischen Wettstreit und der politischen Auseinandersetzung ausgeklammert werden. Nach schweren Wirtschaftskrisen können öffentlicher Protest, Unsicherheit und entgegengesetzte politische Positionen auch in den normalerweise ruhigen und geschützten Gewässern der geräuschlosen Politik der Wachstumsmodelle für heftigen Wellengang sorgen. Krisen können das Gleichgewicht selbst gut etablierter klassen-



Nach der Veränderung des Wachstumsmodells ist Spanien politisch instabil. Neue politische Kräfte wie die linke Protestpartei Podemos konnten die Zahl ihrer Anhängerinnen und Anhänger deutlich steigern. Sie setzt sich für Maßnahmen ein, die eine Abkehr von der exportorientierten Wachstumsstrategie der Vorgängerregierungen bedeuten.

übergreifender Koalitionen erschüttern und als kritische Wendepunkte wirken, die den Kurs der Wachstumsstrategien unter Umständen dramatisch verändern.

Wie ist das möglich? Hier gibt es verschiedene Mechanismen. Im Fall eines Wandels von innen heraus können Krisen Probleme, Widersprüche und Fehlfunktionen eines bestimmten Wachstumsmodells für die Öffentlichkeit sichtbar machen. Während die Gruppe der Akteure, die von einem bestimmten Wachstumsmodell profitiert, in Krisenzeiten deutlich kleiner wird, nimmt die der Verlierer deutlich zu. Unter unzufriedenen Wählerinnen und Wählern können Forderungen nach einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel laut werden, die Parteien außerhalb der typischen Regierungskoalitionen aufgreifen. Mit der Zeit könnten dann sogar etablierte Parteien ihre bestehenden wirt-

schaftspolitischen Paradigmen anpassen. Bisher tonangebende Branchenakteure könnten gegenüber neuen aufstrebenden Branchen an Terrain verlieren, wodurch sich das Machtgefüge innerhalb der bestehenden klassenübergreifenden Koalitionen verschiebt.

Veränderungen können auch durch Kräfte außerhalb des innenpolitischen Einflussbereichs angestoßen werden. So können politische Entscheidungen, zu denen sich Länder durch Interventionen externer Akteure gezwungen sehen – etwa als Gegenleistung für externe Finanzhilfen oder bedingt durch die Regelsetzung auf europäischer Ebene –, die Tragfähigkeit eines bestehenden Wachstumsmodells infrage stellen.

Ein sehr passendes Beispiel für das Zusammenspiel dieser beiden Ursachen für

eine Anpassung der Wachstumsmodelle bot die spanische Wirtschaft nach der großen Finanzkrise der Jahre 2008/2009. Im Zuge dieser Krise platzte die Immobilienblase, die durch eine rasante Zunahme der Kredit- und Hypothekenfinanzierungen ausgelöst worden war. Diese wiederum hatten die Leistungsfähigkeit der spanischen Wirtschaft im zurückliegenden Jahrzehnt gesichert. Der Zusammenbruch der Bauwirtschaft hatte eine vollständige Neugewichtung der Wirtschaftssektoren in Spanien, einen drastischen Anstieg der Arbeitslosenzahlen und eine wachsende öffentliche Verschuldung zur Folge. Die EU-Behörden drängten Spanien zu tiefgreifenden und schmerzhaften politischen Reformen, darunter eine beispiellose Liberalisierung des Arbeitsmarktes zur Neuausrichtung der Wirtschaft auf Exporte. All dies zielte auf eine spürbare Senkung der Löhne so-

wie die damit einhergehende Steigerung der externen Wettbewerbsfähigkeit des spanischen Exportsektors ab. Diese erzwungene Neuausrichtung auf Exporte gab einen wichtigen Impuls für die Konjunkturbelebung in Spanien seit 2015. Allerdings begünstigte sie auch die Entwicklung prekärer Arbeitsverhältnisse und die Ausweitung von Niedriglöhnen.

Die Veränderung des spanischen Wachstumsmodells wird nach wie vor von anhaltender politischer Instabilität begleitet. Die Unzufriedenheit der Verlierer der Krise angesichts sinkenden Lebensstandards, Arbeitslosigkeit, Sparmaßnahmen und Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt hat die spanische Parteienlandschaft verändert. Neue politische Kräfte wie die linke Protestpartei Podemos konnten die Zahl ihrer Anhängerinnen und Anhänger deutlich steigern. Im Jahr 2019 gelang es Podemos schließlich, eine Koalitionsregierung mit der mitte-links stehenden Sozialistischen Partei (PS) zu bilden. In der Regierung setzt sich Podemos für die Forderungen der Gewerkschaften und der „Verlierer“ innerhalb der spanischen Wirtschaft ein, die sich gegen das System der Niedriglöhne und prekären Arbeitsverhältnisse positionieren, auf das sich die Konjunkturbelebung und die erzwungene Strukturanpassung zugunsten des Exportsektors stützten. Entsprechend setzt die Regierung aus PS und Podemos auf politische Strategien, die ausdrücklich auf eine Anhebung der Löhne ausgerichtet sind. Sie umfassen eine spürbare Anhebung des Mindestlohns und eine Ar-

beitsmarktreform, die auf eine Stärkung sektorspezifischer Tarifverhandlungen und die Förderung von dauerhaften anstelle von befristeten Arbeitsverhältnissen abzielt. Diese Maßnahmen stehen für eine grundsätzliche Abkehr von den zentralen Merkmalen der exportorientierten Wachstumsstrategien der Vorgängerregierungen und sollen die Binnennachfrage und die Kaufkraft der Haushalte durch Lohnerhöhungen stärken. Infolgedessen lässt sich heute keine stabile wachstumsorientierte Koalition erkennen. Stattdessen gibt es weiterhin politische Auseinandersetzungen darüber, welche Rahmenbedingungen einen wirtschaftlichen Erholungskurs begünstigen.

Das Beispiel Spaniens verdeutlicht, wie dramatische Ereignisse und Wirtschaftskrisen einen übergreifenden gesellschaftlichen Konsens ins Wanken bringen und offene politische und parteipolitische Auseinandersetzungen über Wachstumsstrategien anstoßen können. Da derzeit eine Phase anhaltender und kumulierter Krisen die Stabilität der Weltwirtschaft gefährdet – neben der Coronapandemie, dem Klimawandel und den Herausforderungen der Energiewende hat aktuell der Russland-Ukraine-Krieg fundamentale geopolitische Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum –, ist nicht auszuschließen, dass die Politik der Wachstumsmodelle künftig von weitaus mehr Instabilität und Auseinandersetzungen geprägt sein wird als bisher. Die Folgen dieser vielfältigen, einander überlagernden Krisen und ihre künftigen Auswir-

Zum Weiterlesen

Baccaro, L.:

Kapitalismus braucht Wachstum – aber es gibt kein Patentrezept.

In: *Gesellschaftsforschung* 1, 2020, 8–13.

Blyth, M., Pontusson, J., und

Baccaro, L. (Hg.):

Diminishing Returns: The New Politics of Growth and Stagnation.

Oxford University Press, Oxford 2022 (im Erscheinen).

Bulfone, F., und Tassinari, A.:

Under Pressure: Economic Constraints, Electoral Politics and Labour Market Reforms in Southern Europe in the Decade of the Great

Recession. In: *European Journal of Political Research* 60(3), 2021, 509–538.

<https://tinyurl.com/Bulfone-Tassinari-2021>

kungen auf unsere Volkswirtschaften und den Kapitalismus in seiner derzeitigen Form lassen sich nicht vorhersagen. Doch kann die Forschung zur Politik der Wachstumsmodelle einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, die Transformation des Kapitalismus besser zu verstehen.

Forschung zu neuen Herausforderungen für Kapitalismus und Demokratie

MPIfG-Projektverbund in Chile

Im MPIfG-Projektverbund „Sozioökonomische Transformationen in Chile“ kooperiert das Institut seit November 2019 mit vier chilenischen Universitäten. Rund 40 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler untersuchen hier Transformationsprozesse in Kapitalismus und Demokratie vor dem Hintergrund globaler Prozesse der Finanzialisierung und Digitalisierung, des Klimawandels, der zunehmenden sozialen Ungleichheit und disruptiver populistischer Strömungen.

Aldo Madariaga

Im Jahr 2019 hat das MPIfG einen Projektverbund mit vier chilenischen Universitäten gegründet, um ein innovatives interdisziplinäres Forschungsvorhaben zu starten. Im MPIfG-Projektverbund „Sozioökonomische Transformationen in Chile“ kooperieren das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG), die Universidad Diego Portales in Chile und drei weitere chilenische Universitäten: die Universidad Mayor, die Universidad Central und die Universidad Alberto Hurtado. Seit November 2019 untersucht der Projektverbund aktuelle Transformationsprozesse in Kapitalismus und Demokratie angesichts des stetig wachsenden Einflusses globaler Prozesse der Finanzialisierung und Digitalisierung, des Klimawandels, der zunehmenden Ungleichheit und disruptiver populistischer Strömungen. Für eine fundierte Analyse des Umgangs von Gesellschaften mit diesen unterschiedlichen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und

ökologischen Herausforderungen konzentriert der Projektverbund seine Arbeit auf drei Forschungsbereiche.

Erwartungen der Öffentlichkeit an politische und wirtschaftliche Entwicklungen und Prozesse

Dieser Bereich erforscht die Transformation des öffentlichen Wirtschaftsraums. Im Fokus stehen die Konstruktion ökonomischer Erwartungen und Zukunftsaussichten in der Auseinandersetzung über „ökonomische Fakten“ in sozialen Netzwerken und in den Medien sowie die Rolle der Eliten in diesen Prozessen. Dabei nimmt das Team um Felipe González (Universidad Central und Leiter der Max-Planck-Partnergruppe zur Erforschung von Ökonomie und Öffentlichkeit in Chile) in einem ersten Schwerpunkt den in der Öffentlichkeit geführten ökonomischen Diskurs und das Verhältnis zwischen Politik und Medien in den Blick. Die Analyse der Rol-

le von Eliten, der zweite Schwerpunkt, umfasst sowohl die Bewertung von Elitenpräferenzen als auch grundlegendere Untersuchungen zu Eliten in Politik und Wirtschaft.

Staatliche Interventionen im Bereich der Wirtschaft

Dieser Forschungsbereich, geleitet von Aldo Madariaga, widmet sich der Transformation der politischen Entscheidungsprozesse. Die Forschung konzentriert sich hier auf die Akteure, die Entscheidungen der öffentlichen Funktionsträger beeinflussen, die zugrundeliegenden Einflussmechanismen und die Art und Weise, wie sich dies in neuen politischen Maßnahmen niederschlägt. Ein erstes Politikfeld, das untersucht wird, ist der Klimawandel. Dafür werden politische Hintergründe und soziale Auswirkungen der Umweltzerstörung, vor allem Wasserknappheit, analysiert und umweltfreundliche Wachstumsstra-



Sozioökonomische Wandlungsprozesse in Lateinamerika und Europa sind der Fokus des Projektverbunds. In Chile führte eine Erhöhung der Metro-Preise 2019 zu landesweiten Sozialprotesten – auch gegen die aktuelle Verfassung aus Zeiten der Pinochet-Diktatur, auf der das neoliberale Wirtschaftsmodell des Landes fußt. Der im Dezember 2021 neu gewählte linke Präsident Gabriel Boric verspricht gesellschaftlichen Wandel durch soziale Reformen, den er in einer neuen Verfassung verankern will.

tegien betrachtet. Ein zweites Politikfeld befasst sich mit der fortschreitenden Automatisierung und der Zukunft der Arbeit. Wie wirkt sich die Automatisierung durch den technologischen Wandel auf Politik und den demokratischen Kapitalismus aus? Welche Folgen hat die Automatisierung in Bereichen wie dem Agrarsektor in Chile? Und wie gelingt es internationalen Organisationen, Debatten zur Automatisierung und zur Zukunft der Arbeit zu führen? Das sind einige der Fragen, die im Fokus der Forschungsarbeit stehen. Das dritte und letzte Politikfeld umfasst Wachstumsmodelle und ihre politischen Dynamiken: Hier liegt der Fokus der Forschung auf dem neoliberalen Wachstum und seinen Wechselwirkungen mit den Bemühungen der Wirtschaftseliten, ihre Machtres-

ourcen zu erweitern, sowie auf den politischen und ökonomischen Auswirkungen peripherer Wachstumsstrategien in Abhängigkeitskontexten.

Der Staat als bedeutender Akteur in Wirtschaft und Politik

Hier stehen die Transformationsprozesse von Staaten mit Blick auf die Wechselwirkungen zwischen Besteuerung und Verschuldung im Zentrum der Forschungsarbeit. Der von Jorge Atria (Universidad Diego Portales) geleitete Forschungsbereich analysiert staatliche Transformationsprozesse mit Bezug zur aktuellen Umweltkrise. Er untersucht den Zusammenhang zwischen Naturkatastrophen und Fiskalreformen und ergründet, wie Prozesse der staatlichen Expansion (vor allem durch Fördermittel und Transfer-

leistungen) in Chile zum Erhalt des auf Rohstoffförderung ausgerichteten Wirtschaftsmodells und der Machtposition der Privatwirtschaft beigetragen haben. Wichtige Erkenntnisse lieferten bereits die Untersuchung der historischen Entwicklung des chilenischen Fiskalpakts und eine landesweite Studie, die systematisch Wahrnehmungen, Einstellungen und Steuerpräferenzen im Zusammenhang mit Steuerehrlichkeit, Steuerlasten, öffentlichen Ausgaben und der Rolle des Staates auswertet.

Die Arbeit des Projektverbunds wurde seit seiner Startphase ab November 2019 von der Covid-19-Pandemie beeinträchtigt. Bislang waren die zur Anknüpfung engerer Kontakte und Arbeitsbeziehungen so wichtigen Präsenz-Workshops sowohl in Chile als auch mit internationaler Beteiligung in Köln nicht möglich. Da die institutionenübergreifende Zusammenarbeit jedoch ein wesentliches Anliegen des Projektverbunds ist, wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Forschungskoope- ration auch über den Austausch zwischen den Projektverantwortlichen und Forschungsbereichskoordinatoren hinaus zu fördern. Das hat die Kooperation auf vielfache Weise gestärkt.

Jeder Forschungsbereich besteht aus kleineren Forschungsclustern, in denen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland um eine verstärkte Kooperation bemühen, indem sie gemeinsame Artikel zu zahlreichen Themen planen. So wurden etwa auf Initiative von Felipe González die Ergebnisse aus seinem Forschungsbereich mit den Ergebnissen der Max-Planck-Partnergruppe zur Erforschung von Ökonomie und Öffentlichkeit zusammengeführt. Und Arianna Tassinari (MPIfG), Fabio Bulfone (ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG) und Aldo Mada-riaga planen ein Sonderheft zum Thema „Periphere Wachstumsstrategien“.

Auf drei zentralen virtuellen Veranstaltungen konnten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zusammenkom-

men und ihre Forschungsergebnisse diskutieren. Im März 2021 veranstaltete der Projektverbund ein Seminar, das die beiden Forschungsgruppen erstmals für die Dauer von drei Tagen zusammenbrachte. Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, sich kennenzulernen und sich mit den Arbeitsbereichen der Kolleginnen und Kollegen vertraut zu machen, Feedback zu geben und Kommunikationskanäle aufzubauen, die seitdem die Kooperationsbeziehungen aktiv unterstützen. Am Workshop „Whither Democratic Capitalism? Transformations, Struggles, and Imaginaries of the Future Economy in Europe and Latin America“ mit 12 Präsentationen nahmen 32 Forschende des Projektverbunds teil. Ein weiterer wichtiger Kooperationsimpuls ging von einer Mi-

nikonferenz mit dem Titel „Imagined Capitalist Transformations and the Politics of the Future Economy“ im Rahmen der SASE-Konferenz im Juli 2021 aus. Aldo Madariaga, Jens Beckert, Felipe González und Jorge Atria organisierten gemeinsam mit Guadalupe Moreno (ehemalige MPIfG-Doktorandin) sechs Fachpanels mit insgesamt 22 Vorträgen und 35 Teilnehmenden aus Forschungsinstitutionen in aller Welt. Auf einem im Dezember 2021 gemeinsam von Felipe González und dem MPIfG durchgeführten Workshop mit dem Titel „The Economy, the News, and the Public“ haben Forschende aus den Bereichen Wirtschaftssoziologie und Medienstudien die Rolle der Medien bei der Gestaltung des öffentlichen Diskurses über Wirtschaft diskutiert und damit einen

fruchtbaren Austausch von empirischen Erkenntnissen, theoretischen Perspektiven und methodischen Ansätzen zwischen den beiden Forschungsbereichen initiiert.

Darüber hinaus stärken zwei aktuelle Initiativen des Projektverbunds den wissenschaftlichen Austausch: Chilenische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verbringen Forschungsaufenthalte am MPIfG und Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler können durch Austauschprogramme an der Universidad Diego Portales forschen. Der Erfolg dieser vielfältigen Initiativen unter den schwierigen Bedingungen einer Pandemie verspricht Gutes für die Kooperationspläne des Projektverbunds.

Projektverbund „Sozioökonomische Transformationen in Chile“

Der MPIfG-Projektverbund „Sozioökonomische Transformationen in Chile“ untersucht aktuelle Transformationsprozesse in drei Kernbereichen, die sich auf die Wirtschaft der Zukunft auswirken werden: in der Öffentlichkeit, wo Erwartungen an ökonomische Prozesse entstehen, in der Politik, wo Eingriffe in die Wirtschaft beschlossen werden, und im Staat als einem maßgeblichen Akteur in der Wirtschaft. Die Forschung konzentriert sich auf Lateinamerika und Europa, zwei Weltregionen, die als exemplarisch für ihre unterschiedlichen Dynamiken in Kapitalismus und Demokratie gelten.

Der Projektverbund wird gemeinsam vom MPIfG in Köln und der Universidad Diego Portales in Santiago betrieben und bezieht drei weitere chilenische Universitäten mit ein: Universidad Mayor, Universidad Central de Chile und Universidad Alberto Hurtado. Dr. Aldo Madariaga, Professor an der Universidad Diego Portales und ehemaliger Doktorand am MPIfG, und Prof. Dr. Jens Beckert, Direktor am MPIfG, leiten gemeinsam den Projektverbund und koordinieren ein Team von mehr als vierzig Forschenden aus den genannten Einrichtungen.



Der Projektverbund wird von der nationalen chilenischen Agentur für Forschung und Entwicklung (*Agencia Nacional de Investigación y Desarrollo*, ANID) im Rahmen ihres internationalen Kooperationsprogramms sowie von der Max-Planck-Gesellschaft finanziert.

Nachrichten

Karen Shire ist Scholar in Residence 2021/2022



Karen Shire ist Professorin für Vergleichende Soziologie und die Gesellschaft Japans und Mitglied des Instituts für Soziologie und des Instituts für Ostasienswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen sowie Direktorin des Essener Kollegs für Geschlechterforschung. Im Sommersemester 2022 wird sie als Scholar in Residence am MPIfG die Vortrags-

reihe „Regulating Transnational Labor“ anbieten, in der sie die Möglichkeiten und Herausforderungen der Regulierung grenzüberschreitender Arbeitsmobilität in der globalen Wirtschaft behandelt. Die Vorträge finden am 7., 14. und 21. Juni 2022 am MPIfG statt. Das MPIfG lädt jährlich eine führende Wissenschaftlerin oder einen führenden Wissenschaftler aus den Politik-, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften für drei bis sechs Monate an das Institut ein. Scholars in Residence verfolgen ein Forschungsprojekt, das thematisch an die Schwerpunkte der Forschung am MPIfG anschließt.

Scholar in Residence Lectures 2022

www.mpifg.de/sir

Isabell Stamm leitet neue Forschungsgruppe zu Familienvermögen in Deutschland



Isabell Stamm ist seit November 2021 Gruppenleiterin in der Forschungsgruppe „Unternehmen, Eigentum und Familienvermögen“ am MPIfG. Die Gruppe widmet sich der Erforschung eines familiengeprägten Kapitalismus in Deutschland mit dem Fokus auf soziale Ungleichheit. Untersucht wird, wie es Eigentümerfamilien noch heute gelingt,

die Kontrolle über ihre Unternehmen über Generationen zu reproduzieren und wie sich die Bedeutung des Eigentums für die Familien sowie die gesellschaftlichen Erwartungen an Eigentümerfamilien im Laufe der Zeit verändern. Stamm übernimmt zusätzlich leitende Aufgaben im MPIfG-Forschungsschwerpunkt „Vermögen und soziale Ungleichheit“. Zuvor forschte sie als Postdoktorandin an der University of California, Berkeley, und leitete danach die Freigeist-Nachwuchsforschergruppe „Entrepreneurial Group Dynamics“ an der Technischen Universität Berlin.

Neues aus der Faculty der IMPRS-SPCE



Im September 2021 begrüßte die Faculty der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) zwei neue Mitglieder: Achim Goerres, Professor für Empirische Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen, und als affiliertes Mitglied Isabell Stamm, Leiterin der Forschungsgruppe

„Unternehmen, Eigentum und Familienvermögen“ am MPIfG. Mit großem Dank für seine langjährige Zugehörigkeit und seine wertvollen Beiträge verabschiedet die Faculty Mark Ebers (im Bild). Der Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Unternehmensentwicklung und Organisation an der Universität zu Köln scheidet aufgrund seiner Emeritierung aus der Faculty aus. Ebenfalls aus der Faculty scheidet Cornelia Woll, Co-Direktorin des Max Planck Sciences Po Center on Coping with Instability in Market Societies (MaxPo), die seit März neue Präsidentin der Hertie School ist. Die Faculty der IMPRS-SPCE setzt sich aus Professorinnen und Professoren des MPIfG, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln und der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen zusammen.

Neuigkeiten aus dem Kuratorium des MPIfG



Seit Februar 2022 ist Michael Hüther, Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), neuer Vorsitzender des Kuratoriums des MPIfG. Er übernimmt das Amt von Rolf Mützenich (MdB), der weiterhin Mitglied im Kuratorium ist. Im Oktober 2021 begrüßte das Institut zudem drei neue Kuratoriumsmitglieder: Dr. Patrick

Bernau, Ressortleiter Wirtschaft / „Geld & Mehr“ bei der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, Andrea Blome, Stadtdirektorin der Stadt Köln, sowie Ferdos Forudastan, Geschäftsführerin der CIVIS Medienstiftung GmbH für Integration und kulturelle Vielfalt in Europa. Das Kuratorium soll die Verbindung des Instituts zur interessierten Öffentlichkeit fördern und die Institutsleitung in diesem Sinne beraten. Die Mitglieder werden auf Vorschlag der Institutsleitung vom Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft berufen.

Workshop mit dem IW: „Local Matters“

Ende November 2021 sind rund 20 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu einem gemeinsamen Workshop des MPIfG und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zusammengekommen. Thema der Veranstaltung war: „Local Matters: Regional Inequalities in Public Investments“. In verschiedenen Beiträgen wurden regionale Unterschiede in öffentlichen Investitionen behandelt. Seitens des MPIfG stellten Leon Wansleben („Disparate Capacities and Partisan Priorities: Local Public Investments in Germany's Cooperative Federalism“, gemeinsam mit Björn Bremer und Donato Di Carlo) sowie Björn Bremer und Robin Hetzel („Budgetary Clientelism and Public Investment Subsidies in Multilevel Systems“) ihre Forschungsarbeiten vor.

Cornelia Woll ist neue Präsidentin der Hertie School



Cornelia Woll ist seit März 2022 neue Präsidentin und akademische Geschäftsführerin der Hertie School in Berlin. Davor war Woll Professorin für Politikwissenschaft und Präsidentin des Wissenschaftsrats an der Sciences Po in Paris sowie Co-Direktorin des Max Planck Sciences Po Center on Coping with Instability in Market Societies (MaxPo).

Der Forschungsschwerpunkt der Politikwissenschaftlerin liegt im Bereich der internationalen politischen Ökonomie unter besonderer Berücksichtigung der Finanz- und Regulierungsstrukturen in der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten.

Helen Callaghan ist Professorin an der Universität Mainz

MPIfG-Alumna Helen Callaghan, zuvor am Europäischen Hochschulinstitut (EUI) in Florenz, hat einen Ruf an die Johannes Gutenberg-Universität Mainz angenommen und zum Wintersemester 2021/2022 eine Professur mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie am Institut für Politikwissenschaft angetreten. Callaghan war von 2008 bis 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPIfG. Ihre Habilitationsschrift erschien 2018 unter dem Titel „Contestants, Profiteers, and the Political Dynamics of Marketization: How Shareholders Gained Control Rights in Britain, Germany, and France“ bei Oxford University Press.

Sebastian Kohl an die Freie Universität Berlin berufen

Im Februar 2022 trat Sebastian Kohl die Professur für Soziologie am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien (JFKI) der Freien Universität Berlin an. Kohl war seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projektbereich Wirtschaftssoziologie von Jens Beckert. Seine Forschungsschwerpunkte sind historisch-vergleichende Soziologie, Wohnungsbau, Finanz- und Versicherungswesen sowie Stadtsoziologie. Am MPIfG forschte er zuletzt zur politischen Ökonomie der privaten Versicherungswirtschaft. Davor war Kohl bereits Doktorand der IMPRS-SPCE und im Anschluss Postdoktorand am MPIfG.

Elifcan Çelebi promoviert



Im Januar 2022 wurde Elifcan Çelebi an der Universität zu Köln promoviert. In ihrer Dissertation „Gendered Influences on Labor Policies in Turkey“ analysierte sie den Einfluss von Genderfragen auf die Arbeitsmarktpolitik der Türkei. Ihre zentrale Forschungsfrage war dabei, inwiefern sich frauenspezifische arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Bereich

bezahlter Erwerbsarbeit sowie unbezahlter Care-Arbeit im Laufe der 2000er-Jahre geändert haben. Çelebi war seit 2017 Doktorandin an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE). Seit Februar 2022 ist sie Postdoktorandin am Cologne Center for Comparative Politics (CCCP) der Universität zu Köln.

Workshop: „Managing Wealth“

Rund 20 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kamen im Januar 2022 zu einem zweitägigen Online-Workshop zum Thema „Managing Wealth: The Political Economy of Institutional Capital Pools“ zusammen. Ziel der Veranstaltung war es, die zunehmende Bedeutung institutioneller Investoren kritisch zu beleuchten und zu untersuchen, welche Auswirkungen diese unter anderem auf das globale Finanzsystem, die Wirtschaftspolitik und die Unternehmensführung haben. Die Veranstaltung wurde von den MPIfG-Wissenschaftlern Benjamin Braun und Sebastian Kohl organisiert.

Konferenzbericht S. 26

Konferenz „Imagining Britain“ am MPIfG im Oktober 2021

Im Oktober 2021 kamen rund 20 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur dreitägigen interdisziplinären Konferenz „Imagining Britain: Past, Present and Future“ am MPIfG zusammen. Im Fokus der Veranstaltung stand die Vielfalt von Vorstellungen, Bildnissen und Erzählungen, die auf Großbritanniens Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verweisen. Die sozial-, geistes- und geschichtswissenschaftlichen Beiträge reflektierten, wie derartige Imaginationen aktuelle politische Entwicklungen prägen und für politische Interessen instrumentalisiert werden. Organisiert wurde die Veranstaltung von MPIfG-Wissenschaftlerin Lisa Suckert und Christina Strunck (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg).

Konferenzbericht S. 25

Donato Di Carlo erhält CES/JEPP Political Economy and Welfare Best Paper Prize 2021



Im Februar 2022 wurde MPIfG-Wissenschaftler Donato Di Carlo mit dem Council for European Studies (CES) / Journal of European Public Policy (JEPP) Political Economy and Welfare Best Paper Prize 2021 ausgezeichnet. Er erhielt den Preis für seinen Artikel „Beyond Neo-Corporatism: State Employers and the Special-Interest Politics of Public Sector Wage-Setting“, der im Februar online erschienen ist. In seinem Artikel analysiert Di Carlo die Lohnfindung im öffentlichen Sektor mit Blick auf das Common-Pool-Problem der öffentlichen Finanzen und Interessenspolitik. Der Preis wird jährlich vom Political Economy and Welfare Network des CES vergeben. Der ausgezeichnete Artikel erscheint im Journal of European Public Policy. Di Carlo war von 2015 bis 2019 Doktorand an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) und ist aktuell wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG.

Kurt-Rothschild-Preis: Auszeichnung für Arianna Tassinari



Arianna Tassinari, wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPIfG, ist eine der Preisträgerinnen des Kurt-Rothschild-Preises 2021 für Wirtschaftspublizistik. Gemeinsam mit Philip Rathgeb wurde sie für ihre Publikationen zur Arbeitsmarktpolitik zwischen Eurokrise und Covid-19-Pandemie ausgezeichnet. Der Kurt-Rothschild-Preis wird vom Karl-Renner-Institut und dem SPÖ-Parlamentsklub an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verliehen, die sich in ihrer Arbeit mit wirtschaftspolitischen Fragestellungen beschäftigen.

Journal Articles und Discussion Papers



MPIfG Journal Articles

*Auswahl, diese und weitere
Journal Articles unter
www.mpifg.de/journal-articles*

Lucio Baccaro, Erik Neimanns

Who Wants Wage Moderation? Trade Exposure, Export-Led Growth, and the Irrelevance of Bargaining Structure. In: West European Politics, published online January 24, 2022.

Jens Beckert

Durable Wealth: Institutions, Mechanisms, and Practices of Wealth Perpetuation. In: Annual Review of Sociology, published online February 17, 2022.

Abel Bojar, Björn Bremer, Hanspeter Kriesi, Chendi Wang
The Effect of Austerity Packages on Government Popularity During the Great Recession. In: British Journal of Political Science 52(1), 2022, 181–199.

Benjamin Braun

Fueling Financialization: The Economic Consequences of Funded Pensions. In: New Labor Forum 31(1), 2022, 70–79.

Benjamin Braun, Arie Krampf, Steffen Murau

Financial Globalization as Positive Integration: Monetary Technocrats and the Eurodollar Market in the 1970s. In: Review of International Political Economy 28(4), 2021, 794–819.

Björn Bremer, Reto Bürgisser

Do Citizens Care About Government Debt? Evidence from Survey Experiments on Budgetary Priorities.

In: European Journal of Political Research, published online January 11, 2022.

Björn Bremer, Reto Bürgisser

Public Opinion on Welfare State Recalibration in Times of Austerity: Evidence from Survey Experiments.

In: Political Science Research and Methods, published online February 3, 2022.

Fabio Bulfone

Industrial Policy and Comparative Political Economy: A Literature Review and Research Agenda. In: Competition & Change, published online March 25, 2022.

Julia Calvert, Charlotte Rommerskirchen, Arjen van der Heide

Does Ownership Matter? Claimant Characteristics and Case Outcomes in Investor-State Arbitration.

In: New Political Economy, published online January 22, 2022.

Donato Di Carlo

Beyond Neo-Corporatism: State Employers and the Special-Interest Politics of Public Sector Wage-Setting.

In: Journal of European Public Policy, published online February 9, 2022.

Edward F. Fischer

Quality and Inequality: Creating Value Worlds with Third Wave Coffee. In: *Socio-Economic Review* 19(1), 2021, 111–131.

Julian L. Garritzmann, Erik Neimanns, Marius R. Busemeyer
Public Opinion towards Welfare State Reform: The Role of Political Trust and Government Satisfaction.

In: *European Journal of Political Research*, published online December 8, 2021.

Kathleen Griesbach

Unequal Reach: Cyclical and Amplifying Ties Among Agricultural and Oilfield Workers in Texas. In: *Work and Occupations* 49(1), 2022, 3–44.

Wolfgang Günther, Martin Höpner

Why Does Germany Abstain from Statutory Bargaining Extensions? Explaining the Exceptional German Erosion of Collective Wage Bargaining. In: *Economic and Industrial Democracy*, published online January 6, 2022.

Sinisa Hadziabdic, Lorenzo Frangi

Rationalizing the Irrational: Making Sense of (In) consistency among Union Members and Non-Members.

In: *European Journal of Industrial Relations*, published online November 23, 2021.

Martin Höpner

Vollendung der Währungsunion? Der europäische Aufbaufonds. In: *Leviathan* 49(4), 2021, 488–509.

Martin Höpner, Christine Haas

Ist der Unionsgesetzgeber an die Grundfreiheiten gebunden? In: *Europarecht* 57(2), 2022, 165–189.

Martin Höpner, Martin Seeliger

Neither Existing nor Emerging: Euro Stabilization by Means of European Wage Coordination. In: *Journal of Economic Policy Reform* 24(4), 2021, 439–455.

Ariane Leendertz

State of the Field: A View from Abroad: Post-1968 U.S. History, the End of the New Deal Order, and Neoliberalism. In: *Reviews in American History* 49(4), 2021, 633–648.

Donald MacKenzie, Ian Hardie, Charlotte Rommerskirchen, Arjen van der Heide

Why Hasn't High-Frequency Trading Swept the Board? Shares, Sovereign Bonds and the Politics of Market Structure. In: *Review of International Political Economy* 28(5), 2021, 1385–1409.

Alina Marktanner

Von Leistungs- zu Geldelite? Unternehmensberater*innen in der Bundesrepublik, 1950er- bis 2000er-Jahre. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 61, 2021, 425–443.

Arjan Reurink, Javier Garcia-Bernardo

Competing for Capitals: The Great Fragmentation of the Firm and Varieties of FDI Attraction Profiles in the European Union. In: *Review of International Political Economy* 28(5), 2021, 1274–1307.

Georg Rilingier

Conceptual Limits of Performativity: Assessing the Feasibility of Market Design Blueprints. In: *Socio-Economic Review*, published online March 29, 2022.

Patrick Schenk

Karpik in the Bottle: Can Judgment Devices Explain the Demand for Fine Wine? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 73(2), 2021, 177–200.

Lisa Suckert

Eine Neuordnung der Zeit? Zum Verhältnis von Zeitlichkeit, Kapitalismus und Staat im Zeichen der Pandemie. In: *Berliner Journal für Soziologie*, published online March 15, 2022.

Arianna Tassinari, Jimmy Donaghey, Manuela Galetto

Puzzling Choices in Hard Times: Union Ideologies of Social Concertation in the Great Recession. In: *Industrial Relations*, published online December 9, 2021.



MPIfG Discussion Papers

Abstracts und Download

www.mpifg.de/discussion-papers

Fabio Bulfone, Timur Ergen, Manolis Kalaitzake

No Strings Attached: Corporate Welfare, State Intervention, and the Issue of Conditionality. MPIfG Discussion Paper 22/2.

Richard Bronk, Jens Beckert

The Instability of Preferences: Uncertain Futures and the Incommensurable and Intersubjective Nature of Value(s).

MPIfG Discussion Paper 22/1.

Lisa Suckert

Von der Pandemie zu einer Neuordnung der Zeit? Zeitsoziologische Perspektiven auf das Verhältnis von Zeitlichkeit, Wirtschaft und Staat. MPIfG Discussion Paper 21/7.

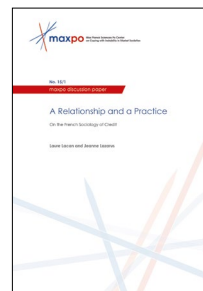
Georg Rilinger

The Organizational Roots of Market Design Failure: Structural Abstraction, the Limits of Hierarchy, and the California Energy Crisis of 2000/01. MPIfG Discussion Paper 21/6.

Timur Ergen, Sebastian Kohl, Benjamin Braun

Firm Foundations: The Statistical Footprint of Multinational Corporations as a Problem for Political Economy. MPIfG

Discussion Paper 21/5.



MaxPo Discussion Papers

Download

www.maxpo.eu/publications_DP.asp

Christoph Semken, Colin Hay

Gauging the Gravity of the Situation: The Use and Abuse of Expertise in Estimating the Economic Costs of Brexit. MaxPo

Discussion Paper 21/3.

Olivier Godechot, Nils Neumann, Paula Apascaritei, István Boza, Martin Hällsten, Lasse Henriksen, Are Hermansen, Feng Hou, Jiwook Jung, Naomi Kodama, Alena Křížková, Zoltán Lippényi, Elvira Marta, Silvia Maja Melzer, Eunmi Mun, Halil Sabanci, Matthew Soener, Max Thaning

Ups and Downs in Finance, Ups without Downs in Inequality.

MaxPo Discussion Paper 21/2.

Aktuelle Publikationen des MPIfG

www.mpifg.de/publikationen

Imagining Britain: Past, Present and Future

Interdisziplinäre Konferenz

13. bis 15. Oktober 2021



Die Vielfalt von Vorstellungen, Bildnissen und Erzählungen, die auf Großbritanniens Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verweisen, stand im Fokus einer interdisziplinären Konferenz, die im Oktober 2021 am MPIfG stattfand. Die Organisatorinnen *Lisa Suckert* (MPIfG) und *Christina Strunck* (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg) versammelten sozial-, geistes- und geschichtswissenschaftliche Beiträge, die darüber reflektierten, welchen Einfluss unterschiedliche Vorstellungen von Großbritannien und „Britishness“ in Vergangenheit und Gegenwart auf die aktuelle politische Situation haben. Während die Nationalismusforschung schon lange auf die Bedeutung von Ritualen und von kollektivem Gedächtnis verweist, präsentierte die Konferenz eine neue Perspektive, indem sie das Wechselspiel zwischen imaginierten Zukünften und imaginierten Vergangenheiten bei der Konstruktion nationaler Identität miteinbezog.

Im ersten Panel zu britischem Empire und Kolonialismus zeigte *Robert Clark-Majerius* (University of East Anglia), wie reiche Briten strategisch ausblenden, welche Rolle die koloniale Vergangenheit und damit verbundene Ungerechtigkeiten beim Aufbau ihres Vermögens ge-

spielt haben. *Vanessa Borsky* (Technische Universität Dortmund) berichtete darüber, wie britische Siedler im südlichen Afrika mit der Zeit „britischer als die Briten selbst“ geworden seien, um sich vor der als feindselig wahrgenommenen afrikanischen Umgebung zu schützen.

Das zweite Panel verknüpfte Vorstellungen des Britishseins mit politischer Kultur. *Lisa Suckert* zeigte, wie wirtschaftliche Identität, Vorstellungen von der ökonomischen Vergangenheit und ein Narrativ von der „Rückkehr zu dem, was wir einmal waren“ im Mittelpunkt der Brexit-Kampagne standen. *Kerstin Pahl* (MPI für Bildungsforschung) erläuterte in ihrem Vortrag, wie emotionale Ausdrucksweisen, beispielsweise die „stiff upper lip“, zur Konstruktion von „Britishness“ beitragen. *Lisa Bischoff* (Ruhr-Universität Bochum) sprach über die Darstellung der Beziehung zwischen der EU und Großbritannien in zeitgenössischen britischen EU-Romanen und demonstrierte so, welche politischen Erkenntnisse aus der Literaturwissenschaft gewonnen werden können.

Christina Strunck eröffnete das Panel zu Großbritanniens Beziehung zu Europa mit einer Analyse von Boris Johnsons Rede in der Painted Hall des Royal Naval College in Greenwich. Sie veranschau-

lichte, wie Johnson dabei historische Kunstwerke für seine aktuellen politischen Interessen (aus-)nutzte. Im Anschluss erörterte *Mathias Häußler* (Universität Regensburg) Vorstellungen von Europa und Konstruktionen einer britischen Identität in den frühen 1960er-Jahren. *Grischka Petri* (Universität Bonn) untersuchte das Aufkommen der britischen modernen Kunst als eigenständige Kunstrichtung und erörterte ihre Verbindungen zum aufkeimenden Nationalismus. *Richard Toye* (University of Exeter) diskutierte in seiner Keynote die Interpretationsbedürftigkeit politischer Systeme und machte deutlich, wie sich Erwartungen an das politische System und die Form politischer Versprechen mit der Zeit verändert haben.

Zu Beginn des vierten Panels zu britischer Nostalgie analysierte *Siobhan O'Connor* (Manchester Metropolitan University) die Darstellung Englands in historischen Romanen des 21. Jahrhunderts als territorial definierte, aber bedrohte Nation – ein Narrativ, das sich auch in Brexit-Debatten häufig findet. *Dennis Henneböhl* und *Merle Tönnies* (beide Universität Paderborn) illustrierten, wie nationale Identität und Nostalgie in aktuellen politischen Botschaften zum Brexit und zur Covid-19-Pandemie instrumentalisiert werden. *Christy Kulz*



(Technische Universität Berlin) legte dar, wie Erinnerungen und imaginierte Vergangenheit die Erwartungen und den Alltag britischer Expats prägen.

Am letzten Konferenztage argumentierte *Colin Hay* (Sciences Po/University of Sheffield) in seiner Keynote, dass die Realität des Brexits eine fortwährende „Re-Imagination“ der Bedeutung Großbritanniens und des Brexits selbst nötig mache. Die anschließenden Vorträge behandel-

ten das Thema der britischen Klassegesellschaft. *Julia Wiedemann* (Katholische Universität Eichstätt) ging auf die Rolle sozialistischer Narrative von Großbritannien und insbesondere auf „retrotopische“ Visionen des 19. Jahrhunderts ein. Abschließend stellte *Katharine Tyler* (University of Exeter) ihre ethnografischen Untersuchungen zur alltäglichen Praxis von Rassismuvorwürfen und zu den tiefen Trennlinien zwischen „Leavers“ und „Remainers“ vor.

Neben den Vorträgen führten die Teilnehmenden während der Kaffee- und Mittagspausen lebhaft Diskussionen. Diese persönlichen Begegnungen waren besonders wertvoll, nachdem über ein Jahr lang nur Online-Veranstaltungen stattfinden konnten. Die Gruppe hofft außerdem auf fruchtbare gemeinsame Projekte in der Zukunft.

Elizabeth Soer

Managing Wealth: The Political Economy of Institutional Capital Pools

Online-Workshop

13. bis 14. Januar 2022

Mit dem Asset-Manager-Kapitalismus eröffnet sich eine neue Ära in der Verwaltung und Investition von Finanzkapital. Wie es zu diesem Wandel kommen konnte und welche Auswirkungen er auf das globale Finanzsystem, die Wirtschaftspolitik und die Unternehmensführung hat, waren die zentralen Fragen des virtuellen MPIfG-Workshops im Januar 2022. In fünf interdisziplinären Fachpanels kommentierten und diskutierten zwanzig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zehn Beiträge zum aktuellen Forschungsstand und gelangten so zu einer kritischen Bestandsaufnahme.

Eröffnet wurde das erste Panel von *Anni-Kaltenbrunner* (Leeds University Business School) und *Bruno Bonizzi* (Hertfordshire Business School), die zeigten, welche Rolle der Asset-Manager-Kapitalismus für *Emerging Capitalist Economies* und die Hierarchie und Struktur des internationalen Finanzsystems spielt.

Anschließend kommentierte *Nils Röper* (Universität Konstanz) den Beitrag von *Natascha van der Zwan* (Leiden University). Anhand einer Fallstudie öffentli-

cher Pensionsfonds in den Niederlanden legte sie dar, wie es Finanzexpertinnen und Finanzexperten durch ihre institutionellen Positionen gelingt, politische Prozesse zu beeinflussen.

Im dritten Panel kommentierten *Benjamin Braun* (MPIfG) und *Brett Christophers* (Uppsala University) drei Beiträge zu den politischen Dimensionen des Asset-Manager-Kapitalismus. *Matthew Archer* (University of St Andrews) beschäftigte sich mit Kriterien nachhaltiger Geldanlagen (Environmental Social Governance, kurz ESG) und argumentierte, dass ESG-Analysen es Asset-Managern ermöglichen, die Unternehmen, in die sie investieren, besser zu steuern. *Gordon Clark* (University of Oxford) und *Adam Dixon* (Maastricht University) vertraten in ihrer Kritik an der liberalen Demokratie den Standpunkt, die westlichen Regierungen hätten durch die Einführung der ESGs ihre Verantwortung für Klimapolitik an die Investmentbranche abgegeben. Zuletzt argumentierte *Lenore Palladino* (University of Massachusetts Amherst), die Interessenkonflikte zwischen privaten Asset-Managern wie BlackRock und ihren Anlegerinnen und

Anlegern seien durch öffentliche Asset-Manager zu lösen.

Zu Beginn des vierten Panels kommentierte *Timur Ergen* (MPIfG) *Andrea Lagnas* (Loughborough University) These, dass künstliche Intelligenz (KI) unabdingbar für die Erforschung von Asset-Manager-Kapitalismus ist. *Franziska Coomans* (Weizenbaum-Institut) Projekt zu Risikokapitalgebern als „Wächter“ der Schnittstelle von Finanzen und digitaler Wirtschaft und als Vermittler zwischen Kapitalgebern und Start-ups wurde von *Vanessa Endrejat* (MPIfG) kommentiert. Das Panel schloss mit *Brett Christophers* (Uppsala University) Kommentar zur Arbeit von *Sebastian Kohl* (MPIfG) und *Arjen van der Heide* (Leiden University). Auf Basis einer umfangreichen Datenanalyse bestätigten sie die Existenz zweier Welten von privaten Versicherungen nach Michel Albert und zeigten, wie sich diese Welten durch die voranschreitende Finanzialisierung und Internationalisierung einander annähern.

Beim letzten Workshop-Panel stand die Geografie des Asset-Manager-Kapitalismus im Fokus, kommentiert von *Arjan*

Reurink (University of Amsterdam). *Albina Gibadullina* (The University of British Columbia) untersuchte den Einfluss von US-Finanzunternehmen im globalen Unternehmensnetzwerk und *Samuel Weeks* (Thomas Jefferson University) stellte anhand einer Fallstudie zu Luxemburg das Wachstum und die Ent-

wicklung administrativer Strukturen und Dienstleistungen zugunsten des Asset-Manager-Kapitalismus dar.

Die Beiträge des Workshops führten zu angeregten, produktiven Diskussionen und Anknüpfungspunkten für weiteren Austausch. Geplant ist eine Publikation

der Arbeiten in einer Sonderausgabe des Journals *Environment and Planning A: Economy and Space*.

Marie Hillebrand und Ria Wilken

Website:

www.mpifg.de/events/29944/252654

Der Nationalstaat zwischen Kapitalismus und Demokratie

Symposium zu Ehren von Wolfgang Streeck

4. November 2021

Im Herbst 2021 feierte Wolfgang Streeck seinen 75. Geburtstag. Das Institut würdigte seinen emeritierten Direktor Anfang November 2021 mit dem Symposium „Der Nationalstaat zwischen Kapitalismus und Demokratie“ mit Beiträgen langjähriger Weggefährtinnen und Weggefährten aus Wissenschaft und Politik. Seit den 1970er-Jahren hat Wolfgang Streeck die Diskussion über das Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Politik und kapitalistischer Wirtschaft maßgeblich geprägt und bedeutende Impulse in diesem Forschungsbereich gegeben. In seinem jüngsten Buch „Zwi-

schen Globalismus und Demokratie“ (Suhrkamp 2021) legt er den Fokus auf die Frage der Wünschbarkeit und der Konsequenzen der Ausweitung staatlicher Ordnungen über den Rahmen der Nationalstaaten hinaus.

Mit ihren Beiträgen reflektierten und bereicherten die Gäste die Diskussion rund um das jüngste Werk eines der international bedeutendsten Sozialwissenschaftler: *Philip Manow* (Universität Bremen) sprach über Nationalstaat und Demokratie im Denken von Max Weber. *Hans Joas* (HU Berlin) analysierte Kosmopolitis-

mus und moralischen Universalismus als zwei Sichtweisen auf den Nationalstaat. *Lutz Wingert* (ETH Zürich) thematisierte die Größe und die Grenzen der Demokratie. *Carl Christian von Weizsäcker* (Emeritus, Universität zu Köln, und MPI zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern) diskutierte die Begriffspaare Demokratie und Kapitalismus, Soziologie und Ökonomie sowie Zeit und Geld. „Ist der Nationalstaat überholt?“, fragte *Sahra Wagenknecht* (MdB) in ihrem Beitrag. Sie kritisierte, dass supranationale Utopien oftmals hinter demokratischen Standards zurückblieben, und betonte, dass derzeit vor allem der Nationalstaat sozialen Ausgleich und demokratische Kontrolle garantieren könne.

Gemäß den Corona-Schutzmaßnahmen im November fand das Symposium als interne Veranstaltung mit reduzierter Teilnehmerschaft statt.



Zum Weiterlesen

Streeck, W.:

Zwischen Globalismus und Demokratie: Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus.

Suhrkamp, Berlin 2021.

Wissensansprüche in der Krise

14. Institutstag des MPIfG am 18. und 19. November 2021



Wessen Wissen zählt? Und was wissen wir sicher? In Zeiten der Corona-Pandemie mit Lockdowns und Lockerungen und von sich stetig weiterentwickelndem Wissen über Ursachen und Bekämpfung des Virus thematisierte der vierzehnte Institutstag des MPIfG Wissensansprüche in der Krise. Die Veranstaltung warf die Frage auf, welches Wissen in einer Krisensituation bedeutsam ist, aber auch, in welcher Weise Wissenschaft politisiert wird. Somit prägte die Corona-Pandemie den Institutstag auch im Jahr 2021, mit Blick auf das Thema wie auch durch das hybride Veranstaltungsformat.

In seinem Eröffnungsvortrag erklärte *Rudolf Stichweh* (Forum Internationale Wissenschaft, Universität Bonn), wie, wann und warum in der Wissenschaft die Vorstellung von globalen Problemen aufgekommen ist, und zeichnete eine kurze Geschichte des Wissenschaftssystems und seines Verhältnisses zu Politik und Gesellschaft nach.

Lisa Suckert (MPIfG) und *Matthias Thiemann* (Sciences Po) präsentierten in einem Panel ihre Forschungsarbeiten zur Rolle von Expertise in zwei unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten. Suckert analysierte, welche Bedeutung Ex-

pertenwissen in der Argumentation der unterschiedlichen Lager in der Brexit-Kampagne zukam. Thiemann beleuchtete zwei konkurrierende Formen der Zentralbankexpertise und ihre Auswirkungen auf das Zentralbankhandeln der letzten sechzig Jahre.

In einem Panel mit politischem Fokus stellte *Lea Elsässer* (Universität Münster) ihre Forschungsergebnisse zu sozialer Repräsentation in Parlamenten vor. Sie legte dar, dass Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Menschen ohne akademischen Abschluss in Parlamenten unterrepräsentiert sind und dass das Fehlen von de-



Zeitschriftenpreis 2021

Im Jahr 2021 erhielt Donato Di Carlo den Zeitschriftenpreis des Vereins der Freunde und Ehemaligen des MPIfG für seinen Artikel „**Understanding Wage Restraint in the German Public Sector: Does the Pattern Bargaining Hypothesis Really Hold Water?**“ (Industrial Relations Journal, 2020). Die Jury, bestehend aus Susanne K. Schmidt (Universität Bremen), Armin Schäfer (Universität Münster) und Ulrich Dolata (Universität Stuttgart), würdigte Di Carlos Arbeit als „eine spannende empirische und theoretische Dekonstruktion einer zentralen Aussage der Vergleichenden Politischen Ökonomie“.

Di Carlo widerlegt die weit verbreitete These, dass Lohnkoordination als zentrale Erklärung für die deutsche Lohnzurückhaltung zu sehen sei. Einen Grund für ihr Überdauern sieht er in der Fixierung der Vergleichenden Politischen Ökonomie auf die Exportwirtschaft und einer relativen Nicht-Beachtung des öffentlichen Sektors. Nur über eine Intensivierung der Forschung in diesem Bereich könne das Rätsel der deutschen Lohnzurückhaltung gelöst werden.

Der Zeitschriftenpreis ist mit 750 Euro dotiert und wird jährlich im Rahmen des Institutstags für den besten Artikel einer



Wissenschaftlerin oder eines Wissenschaftlers des MPIfG in einer begutachteten Fachzeitschrift vergeben.

Di Carlo ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG. Zuvor war er Doktorand an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) und Max Weber Fellow 2020/21 am Europäischen Hochschulinstitut (EUI).

ren Perspektive auch zu substanzieller Unterrepräsentation führen kann. *Philip Manow* (Universität Bremen) zeigte, welche politischen Auswirkungen die Corona-Pandemie vor allem in Deutschland hatte, und ging dabei auch auf die Rolle der Wissenschaft ein.

Beim hybriden Podiumsgespräch zum Thema „Deutschland nach der Wahl:

Wie werden die Weichen jetzt gestellt?“ reflektierten Hauptstadtjournalistinnen und -journalisten das Thema des Institutstags aus der Perspektive von Medienschaffenden. *Nico Fried* (Süddeutsche Zeitung), *Katharina Hamberger* (Deutschlandradio), *Bernd Ulrich* (Die Zeit) und *Ulrike Winkelmann* (taz) diskutierten mit der Moderatorin *Ferdos Forudastan* (MPIfG-Kuratorium, CIVIS

Medienstiftung) über die Situation nach der Bundestagswahl sowie die Rolle der Wissenschaft und der Medien in der Pandemie.

Institutstag verpasst?

Alle Vorträge sowie die Podiumsdiskussion sind als Podcasts auf der MPIfG-Webseite verfügbar: www.mpifg.de/institutstag-2021



Was macht eigentlich ...

Sascha Münnich

Professor für die Soziologie der Wirtschaft an der Europa-Universität Viadrina | Doktorand und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG von 2005 bis 2013



Es gehört zu den erstaunlichsten Aspekten der eigenen Prägung, dass man sie erst bemerkt, wenn man den Ort verlassen hat, an dem man sie erworben hat. Der Weg, der mich seit dem Frühjahr 2013 nach acht Jahren vom MPIfG weggeführt hat, war in vielerlei Hinsicht eine Bewegung auf das MPIfG zu, nämlich zu einer doppelten sozialwissenschaftlichen Grundhaltung, die mir dort nicht nur akademisch, sondern auch durch das spezifische Sozialleben am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung nähergebracht wurde.

Erstens ist da die Überzeugung, dass sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre weder theorie- noch methodengetrieben sein sollte, sondern durch soziale Probleme angestoßen wird. Die „kausale Rekonstruktion“ (Renate Mayntz) soll also durch theoretische Konzepte geleitet werden und methodisch diszipliniert erfolgen, aber nicht umgekehrt. So war meine Dissertation, in der es um einen Vergleich der Entstehungsgeschichte der Arbeitslosenversicherung in Deutsch-

land (1927) und den USA (1935) ging, von den Unterschieden und Ähnlichkeiten der dafür verantwortlichen divergierenden sozialpolitischen Problem-lagen getrieben. Zugleich aber wollte sie ein begriffliches Gerüst entwickeln, um mit der Fülle an ideenorientierten Policy- und Institutionentheorien umzugehen. Es war die Problemorientierung des MPIfG, die mich davor bewahrte, mich für die Dissertation einfach einem einzigen Camp der ideenorientierten Policy-Analyse anzuschließen.

Die Problemorientierung der Sozialwissenschaften schnappte ich als junger Mensch, dem zunächst noch nicht klar war, ob er denn Wissenschaftler

oder doch lieber Musiker werden würde, auch durch das einzigartige Gesprächsklima am Institut auf. In Mittags- oder Kaffeerunden ging es zielsicher und ohne viel Anmoderation um die aktuellen politischen und sozialen Geschehnisse der Woche. Nach so einer Mittagspause bleibt das Wirken unweigerlich problemorientiert – schon allein, um beim nächsten Kaffee eine neue Perspektive anbieten zu können. Die Sozialwissenschaften wurden so für mich die Fortsetzung des Nachdenkens über soziale Probleme mit anderen Mitteln – und dies sogar im täglichen Zeitablauf.

Auch nach Abschluss meiner Promotion im Jahr 2009, dann als Postdoc bis

Sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre sollte weder theorie- noch methodengetrieben sein, sondern durch soziale Probleme angestoßen werden.

2011 und in zwei weiteren Jahren als Senior Researcher auf einer Habilitationsstelle bei Jens Beckert blieb ich in meiner Arbeit an dem Verhältnis von kultureller und ökonomischer Seite kapitalistischer Gesellschaften interessiert. In der für alle Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler schwierigen Phase der Loslösung von der Promotion war es vor allem die Finanz- und Eurokrise, die uns umtrieb und in Konferenzraum und Cafeteria besonders intensiv diskutiert wurde. Debatten um „Heuschrecken“-Verhalten von Investmentfonds, „gierige“ Spekulanten und die überbezahlten Finanzmanager brachten mich dazu, an einer spezifischen Grundfrage zu forschen: Wann sind welche Formen und Umfänge des Profits legitim, wann sind sie moralisch inakzeptabel?

Der zweite wichtige Aspekt meiner in Köln erworbenen soziologischen Grundhaltung ist die am Institut als selbstverständlich erachtete Berücksichtigung historischer Perspektiven für jede soziologische Analyse. Die Frage, die die klassische politische Theorie und die Gründergeneration der europäischen Soziologie gleichermaßen umtrieb, wie nämlich der stete historische Wandel von Institutionen mit den Stabilitäten der Funktionsprinzipien kapitalistischer Gesellschaften zu verbinden sei, war in Köln so präsent, dass sie mir als Grundfrage der Soziologie schlechthin erschien. Es war nicht so sehr die Behandlung historischer Stoffe oder Ereignisse am MPIfG, sondern es war die diskursive Selbstverständlichkeit bei allen Forschenden im Hause, ökonomische und politische Strukturen immer und überall – auch dort, wo man sie auf ihre aktuellen Dynamiken hin befragen will – als historisch gewachsene zu begreifen. So kam es dann auch, dass ich die aktuellen Finanzdebatten zwischen Lehman und Occupy immer auch als Wiederkehr alter moralischer Muster der Profit- und Spekulationskritik untersuchte.

Auch hier verband sich Forschungsperspektive mit sozialer Umgebung des MPIfG: Zur persönlichen Erfahrung,

nicht mehr zu den Jüngsten zu gehören, nach Geburt meiner beiden Söhne 2011 und 2013, trat dann auch die akademische Selbstwahrnehmung als Teil einer neuen Generation, was natürlich durch die enorme Dichte der Vernetzung junger Forschender am MPIfG verstärkt wird. Wenn die Frage lautet, warum das MPIfG eigentlich so erfolgreich viele junge Menschen nachhaltig zu den Sozialwissenschaften bringt, liegt die Antwort in einem Effekt von Historizität, den ich nach meiner Zeit in Köln auch als John F. Kennedy Memorial Fellow am Center for European Studies der Harvard University von 2014/15 spüren sollte: Wird einem jungen Menschen das Tor zu einer solchen Institution geöffnet, begegnet er auch der selbstverständlichen Erwartung

lange Zeit, die, ohne irgendetwas sagen zu müssen, bei den Nachkommen ihre Fortsetzung annimmt. Und das ist viel mächtiger als jede kritische Nachfrage, jedes Stirnrunzeln oder Bartkräuseln des Betreuers es je sein könnte.

Als ich das MPIfG verließ, beschäftigte ich mich als Juniorprofessor (ohne Tenure-Track) in Göttingen ab April 2013 dann in erster Linie mit einer historisch-vergleichenden Untersuchung des Wandels der Legitimierungsmuster der Finanzmarktregulierung in Deutschland und Großbritannien seit dem 19. Jahrhundert. Ich hatte dann das Glück, diese Fragestellung in einem dreijährigen größeren BMBF-Forschungsprojekt zur gesellschaftlichen Legitimität von Finanz-



Wissenschaftler oder Musiker? Lange blieb für den Juniorprofessor auf befristeter Stelle offen, welches seiner beiden herausragenden Talente den Beruf prägen würde.

tung, auf den historisch dort gewachsenen „Schultern der Riesen“ nicht zu wackeln. Es ist die Historizität der Umgebung, ihr gewachsenes Prestige und die Akkumulation ihrer Ressourcen über

profiten vertiefen zu können. In diesem Projekt, das bis 2019 lief, untersuchten mein Team und ich öffentlich-mediale Kritikformen am Finanzmarkt und die professionelle Arbeit von zivilgesell-

schaftlichen Organisationen in Deutschland, Spanien, Frankreich, Großbritannien und auf EU-Ebene, die den Versuch unternahmen, die Finanzmarktregulierung und die öffentlichen Debatten darüber zu verändern.

Im Oktober 2019 wurde ich dann, wiederum in Göttingen, auf meine erste, noch befristete Vollprofessur berufen, eine W2 für „Allgemeine Soziologie mit dem Schwerpunkt Soziologische Theorie“. Im Oktober 2020 trat ich schließlich meine erste unbefristete W3-Professur

tige ich mich unter anderem mit ökonomischem Nationalismus, der Bedeutung von Gesellschaftskritik als Motor wirtschaftlicher Entwicklung sowie Zwangsarbeitsverhältnissen im globalen Kapitalismus.

Ich betrachte bis heute soziologische Theorie und Konzepte als unlösbar von historisch gewachsenen sozialen Problemlagen. Es ist dies meine „Kölner Seite“: Soziologische Forschung ist dadurch gekennzeichnet, dass sie zwar weiß, dass angesichts des gesellschaftlich-histori-

Wird einem jungen Menschen das Tor zu Institutionen wie dem MPIfG oder dem CES geöffnet, begegnet er auch der selbstverständlichen Erwartung, auf den historisch dort gewachsenen „Schultern der Riesen“ nicht zu wackeln.

für „Soziologie der Wirtschaft“ an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) an. Als eines von nur drei soziologisch orientierten Mitgliedern der Kulturwissenschaftlichen Fakultät arbeite ich hier mit Kolleginnen und Kollegen aus den Sprach- und Geschichtswissenschaften zusammen und lehre soziologische und politökonomische Grundlagen. In meiner aktuellen Forschung beschäf-

schen Wandels von Problemlagen kein universales Wissen je möglich ist, ja, dass die Illusion des „ewigen Wissens“ sie zu einer gefährlichen Sozialtechnologie machen kann. Aber zugleich gilt auch, dass die Soziologie dann ihren Sinn verliert, wenn sie aufhört, nach universalem Wissen zu streben. Peter Sloterdijk hat einmal gesagt, das Interessanteste am Fußball sei die „Fähigkeit der jungen Spie-

ler, hinzufallen und wieder aufzustehen“ (SPIEGEL, 23/2006, S. 73). Vielleicht gilt das ja auch für die Soziologie.

Mehr zur Person

<https://tinyurl.com/SaschaMuennich>

Zum Weiterlesen

Kraemer, K., und Münnich, S. (Hg.): **Ökonomischer Nationalismus: Soziologische Analysen wirtschaftlicher Ordnungen.** Campus, Frankfurt a. M. 2021.

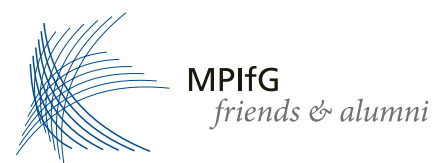
Münnich, S.: **Die Legitimität von Finanzregimen.** In: Beyer, J., und Trampusch, C. (Hg.), *Finanzialisierung, Demokratie und Gesellschaft.* Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderhefte, Band 58. Springer VS, Wiesbaden 2018, 227–258.

Münnich, S.: **Profit as Social Rent: Embeddedness and Stratification in Markets.** In: *Sociological Theory* 37(2), 2019, 162–183.

Verein der Freunde und Ehemaligen des MPIfG

Werden Sie Mitglied im Verein der Freunde und Ehemaligen des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung e.V. Der Verein ist das Netzwerk der Ehemaligen, der Kooperationspartner und der Unterstützerinnen und

Unterstützer des MPIfG. Sein Anliegen ist es, den Gedankenaustausch zwischen Freunden und Ehemaligen des MPIfG zu fördern und die Möglichkeit zu schaffen, untereinander und mit ihrem Institut in Verbindung zu bleiben.



friends@mpifg.de | www.mpfid.de/friends

Wir trauern um Raymund Werle

Unser lieber Kollege, Weggefährte und Freund Raymund Werle ist Anfang November 2021 nach längerer schwerer Krankheit verstorben. Er wurde 77 Jahre alt.

Dr. Raymund Werle war seit den Gründungsjahren des Instituts bis zu seinem Ruhestand 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG und danach Mitglied im Verein der Freunde und Ehemaligen des Instituts. Die allermeisten Mitglieder des Vereins und zahlreiche Kolleginnen und Kollegen am Institut verdanken ihm viel. Er war ein zentraler Ansprechpartner, hat in Forschungsfragen beraten und stand auch darüber hinaus immer mit Rat und Tat zur Seite. In den drei Jahrzehnten seit Gründung war er eine der tragenden Säulen am MPIfG. Er war ein Mitgestalter des Forschungsprogramms und ein wichtiger und kritischer Partner der Direktoren. Durch sein integratives Wirken sind die Forschungs- und Infrastrukturbereiche am Institut zusammengewachsen. Gern denken wir zurück an die von ihm initiierte tägliche Espressorunde als beliebtem Treffpunkt für den Austausch über Forschung und vieles andere. Hierdurch war das Miteinander am Institut stark, und auch deswegen hat ein Großteil der Alumni noch Jahrzehnte später engen und regelmäßigen Kontakt untereinander.



Dr. Raymund Werle – 17.7.1944–7.11.2021. Langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter des MPIfG und Mitglied des Vereins der Freunde und Ehemaligen.

Zum Gedenken an Raymund Werle hat der Verein der Freunde und Ehemaligen des MPIfG eine Webseite eingerichtet. Erinnerungen und Beiträge zu dieser Seite sind willkommen. Bitte senden Sie sie an friends@mpifg.de.

Gedenkseite für Raymund Werle
www.mpfifg.de/alumni/werle

Erinnerungen an einen Kollegen, Weggefährten und Freund

„Raymund Werle hat die deutsche und europäische Techniksoziologie über mehrere Jahrzehnte maßgeblich mitgestaltet und mitgeprägt. Als langjähriger Senior Researcher am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG) in Köln hat er den kleinen, aber feinen Forschungsbereich ‚Wissenschaft, Technik und Innovation‘ aufgebaut und geleitet – und Technikforschung immer als konstitutiven Bestandteil der Erforschung moderner, im Kern soziotechnisch verfasster Gesellschaften begriffen. Sein wissenschaftlicher Output war immens: Hervorzuheben sind zahllose techniksoziologische Arbeiten, insbesondere zum Zusammenspiel technischer und institutioneller Innovationen; technologiepolitisch ausgerichtete Texte, etwa zur Regulierung und Governance von Kommunikations- und Informationstechniken und des Internets; sowie aus den letzten Jahren seiner wissenschaftlichen Tätigkeit Arbeiten zu Regeln des Schutzes geistigen Eigentums und zur Kommodifizierung von Wissen. Neben seiner Forschungs- und Publikationstätigkeit war Raymund Werle auch ein auf unaufdringliche Weise integrativ arbeitender Netzwerker, der Kolleginnen und Kollegen aus den unterschiedlichsten Bereichen zusammenzubringen vermochte. Als Vorsitzender des Publikationsausschusses am MPIfG hatte er über die Jahre enge Kontakte zu zahllosen Gutachterinnen und Gutachtern aus dem In- und Ausland aufgebaut. Darüber hinaus war er lange Zeit

im Vorstand und zeitweise auch Sprecher der Sektion Wissenschafts- und Techniksoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Bereits Ende der 1990er-Jahre hatte er das Research Network ‚Sociology of Science and Technology (SSTNET)‘ der European Sociological Association (ESA) mitbegründet und es anschließend als Sprecher und Vorstandsmitglied sehr aktiv mitgestaltet. Nicht unterschlagen werden sollen schließlich seine nahezu enzyklopädischen Kenntnisse der ersten und zweiten Fußball-Bundesliga (seit den Gründungszeiten!), seine hohe Kompetenz in der Espresso-Zubereitung sowie der knochentrockene Humor, der ihn auszeichnete.“

Ulrich Dolata

Raymund Werle war ... ein Träger und Mitgestalter unseres Forschungsprogramms und ein wichtiger und kritischer Partner der Direktoren. – Fritz W. Scharpf

Hinter seinen Witzen und liebenswürdigen Sticheleien verbarg sich eine menschliche Wärme, die dazu beitrug, dass ich mich so wohlfühlte am Institut. – Grit Laudel

Wenn ich an ihn denke, denke ich: Mensch bleiben ... Gute Reise, Raymund! – Sascha Münnich

Werden Sie Teil der Forschungscommunity am MPIfG

Der Forschungsrahmen des MPIfG gibt Raum für eine Vielfalt an Themen und methodischen Ansätzen in den Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Unsere Programme bieten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aller Karrierestufen die Möglichkeit, in einem exzellenten internationalen und interdisziplinären Forschungsumfeld eigene Projekte zu verfolgen.

Internationales Doktorandenprogramm

International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE)

Ein Angebot für besonders begabte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus der ganzen Welt im Bereich der Politikwissenschaften, der Wirtschaftssoziologie und der Organisationssoziologie. Kooperationspartner: Universität zu Köln und Universität Duisburg-Essen; eine binationale Promotion (Cotutelle) mit Sciences Po, Paris, ist möglich.

Bewerbung ab Mitte Dezember bis 28. Februar



Postdoktorandenprogramm

Während einer zweijährigen Forschungsphase am MPIfG arbeiten bereits promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an einem selbst gewählten Projekt und qualifizieren sich weiter durch internationale Zusammenarbeit und Vernetzung.

Bewerbung ab Anfang Oktober bis 20. Dezember



Programme für Gäste

Professorinnen und Professoren, promovierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler sowie Promovierende finden bei Gastaufenthalten zwischen zwei und zwölf Monaten neue Impulse für ihre Forschung und beleben den wissenschaftlichen Austausch am MPIfG.

Bewerbung bis 30. April oder 31. Oktober

Erfahrene und renommierte Forscherinnen und Forscher aus den Politik-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften lädt das MPIfG als **Scholars in Residence** nach Köln ein.

Nominierung/Bewerbung bis 30. Oktober

Angebote für Studierende

Bachelor- und Master-Studierende der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erhalten im Rahmen einer Beschäftigung als studentische- bzw. wissenschaftliche Hilfskräfte oder eines Praktikums Einblicke in laufende Forschungsprojekte und den Institutsalltag am MPIfG. – Bewerbung initiativ oder auf die jeweilige Ausschreibung auf der MPIfG-Website.

Aktuelle Ausschreibungen unter
www.mpifg.de/karriere/ausschreibungen_de

Impressum

Mit dem Forschungsmagazin *Gesellschaftsforschung* informiert das MPIfG zweimal im Jahr mit anschaulichen Artikeln und Berichten über seine Forschungsprojekte und -ergebnisse, Publikationen und Veranstaltungen. Ein Schwerpunktthema liefert Hintergrundinformationen aus der Forschung zu Themen der aktuellen öffentlichen Diskussion. Sie erhalten das Magazin in einer PDF-Fassung per E-Mail oder als Printausgabe. Abonnement und weitere Ausgaben unter

www.mpifg.de/magazin-gesellschaftsforschung

© Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Köln, Mai 2022

In Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck.
Abdruck nur mit Quellenangabe.

Herausgeber

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Paulstr. 3 | 50676 Köln
Tel. +49 221 2767-0
www.mpifg.de | info@mpifg.de

Redaktion

Anna Zimmermann (verantw.), Christel Schommertz, Samira Strauß, Thomas Pott

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin oder des Autors wieder und sind nicht als offizielle Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung zu verstehen.

Bildnachweis

Titel: IMAGO / Joerg Boethling; MPIfG / David Ausserhofer: 2, 17 (unten); picture alliance / M.i.S. | Bernd Feil: 3; picture alliance / dpa | Kay Nietfeld: 4; picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Petros Giannakouris: 5 (links); MPIfG / Astrid Dunkelmann: 5 (rechts), 6, 11, 17 (oben), 18 (beide), 19 (links), 20 (rechts unten), 21 (beide), 25 (beide), 27 (beide), 28 (alle), 29 (alle), 33, 36; picture alliance / dpa | Moritz Frankenberg: 10; picture alliance / dpa | Hannibal Hanschke: 12; picture alliance / REUTERS | Jon Nazca: 13; picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Luis Hidalgo: 16; Institut der deutschen Wirtschaft (IW): 19 (rechts); Hertie School: 20 (links); www.ronaldschmidt-photography.com: 30; Stephan Beuermann / TrapezFilm: 31; MPIfG / Christoph Seelbach: 34 (beide).

Gestaltung | Satz

pigur design, Potsdam | Jeanette Störte, Berlin

Mehr Themen und Standpunkte aus der Forschung des MPIfG

Auf seiner Website stellt das MPIfG weitere aktuelle Forschungsprojekte vor und liefert Hintergrundinformationen zu Themen, die zurzeit öffentlich diskutiert werden. Mit ihren „Standpunkten“ kommentieren Forscherinnen und Forscher des MPIfG Entwicklungen in Politik und Wirtschaft. Durch die „Porträts“ lernen Sie die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Kooperationspartner und Alumni des MPIfG näher kennen. In der Rubrik „Interviews“ sprechen sie über die Bedingungen ihrer Arbeit, neue Methoden und den Wandel der Forschungskommunikation.

www.mpifg.de/forschungsprogramm

Das MPIfG

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eines der rund achtzig Institute der Max-Planck-Gesellschaft e.V., die von Bund und Ländern finanziert wird. Als eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften betreibt es anwendungsoffene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften. Es ist bei der Auswahl und Verwirklichung seiner Forschungsvorhaben frei und unabhängig.

Folgen Sie uns auf Twitter

[@MPIfG_Cologne](https://twitter.com/MPIfG_Cologne)

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



Vorschau 2022

Vortragsreihe „Regulating Transnational Labor“

Karen Shire, Universität Duisburg-Essen
Scholar in Residence 2021/22

In ihrer Vortragsreihe „Regulating Transnational Labor“ behandelt Karen Shire die Möglichkeiten und Herausforderungen der Regulierung grenzüberschreitender Arbeitsmobilität in der globalen Wirtschaft. Während die Migrationsforschung häufig für freie Mobilität plädiert, kritisiert die Arbeitswissenschaft, dass mit grenzüberschreitender Arbeit hart erkämpfter Arbeitsschutz umgangen und untergraben wird. Shire zeigt die Widersprüche zwischen der Liberalisierung der Arbeitsmobilität und der Regulierung der Beschäftigung auf.

Dienstag, 7. Juni 2022

**Theorizing Regulatory
Challenges of Transna-
tional Labor**

Dienstag, 14. Juni 2022

**Cross-Border Labor
Market Intermediaries**

Dienstag, 21. Juni 2022

**Trafficked, Forced, and
Informalized Labor**



Öffentliche Vorträge im Sommersemester 2022

Lisa Maria Herzog, University of Groningen: Big Data and the Risk of Misguided Responsibilization (27. April 2022, 17 Uhr) | *Virginia Doellgast*, Cornell University: Exit, Voice, and Solidarity in the Digital Economy (18. Mai 2022, 17 Uhr) | *Aris Kompozos-Athanasίου*, University College London: Speculative Communities: Living with Uncertainty in a Financialized World (8. Juni 2022, 17 Uhr) | *Rowland Atkinson*, University of Sheffield: New Gilded Age in a Broken World? The Super-Rich, Urban Life, and City Politics (29. Juni 2022, 17 Uhr)

Wissenschaft im Rathaus – In Kooperation mit der Kölner Wissenschaftsrunde

Öffentliche Finanzen: Was hemmt lokale Investitionen?

Björn Bremer und Leon Wansleben, MPIfG

Historisches Rathaus Köln, 13. Juni 2022, 18 Uhr

MPIfG Lectures zum Nachhören

Öffentliche Vorträge und weitere Veranstaltungen des MPIfG als Audio-Podcasts

www.mpifg.de/podcasts

Aktuelle Veranstaltungen am MPIfG

www.mpifg.de/veranstaltungen

Die Veranstaltungen des MPIfG werden im Sommersemester 2022 voraussichtlich wieder in Präsenz stattfinden. Bitte informieren Sie sich auf der Website des Instituts über Format und Anmeldung.
